



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Kurzprotokoll der 11. Sitzung

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Berlin, den 8. Mai 2019, 17:00 Uhr

Paul-Löbe Haus, 4.300

Vorsitz: Alexander Hoffmann, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Erfahrungen mit dem Bundesprogramm
"Demokratie leben!"

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 28**

Verschiedenes



Mitgliederliste	Seite 3
Sprechregister Abgeordnete	Seite 4
Sprechregister Sachverständige	Seite 5
Zusammenstellung der Stellungnahmen	Seite 29



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hoffmann, Alexander Kießling, Michael Pantel, Sylvia Patzelt, Martin Strenz, Karin	Breher, Silvia Gienger, Eberhard Landgraf, Katharina Launert, Dr. Silke Steiniger, Johannes
SPD	Bahr, Ulrike Diaby, Dr. Karamba Stadler, Svenja	Esdar, Dr. Wiebke Kaiser, Elisabeth Nissen, Ulli
AfD	Höchst, Nicole Reichardt, Martin	Harder-Kühnel, Mariana Iris Huber, Johannes
FDP	Aggelidis, Grigorios	Bauer, Nicole
DIE LINKE.	Werner, Katrin	Freihold, Brigitte
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna	Schulz-Asche, Kordula



Sprechregister Abgeordnete

	Seite
Abg. Grigorios Aggelidis (FDP)	14, 21
Abg. Ulrike Bahr (SPD)	21
Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 21
Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD)	13
Abg. Nicole Höchst (AfD)	13, 23
Abg. Michael Kießling (CDU/CSU)	20
Abg. Martin Patzelt (CDU/CSU)	12
Abg. Martin Reichardt (AfD)	20, 21
Abg. Katrin Werner (DIE LINKE.)	14, 22



Sprechregister Sachverständige

	Seite
Thomas Heppener Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Referatsleiter Demokratieförderung	6, 18, 23
Dr. Christian Lüders Deutsches Jugendinstitut e.V., Abteilungsleiter Jugend und Jugendhilfe	8, 17, 24
Dr. Christiane Nischler-Leibl Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	9, 16, 26
Sybille Thomae Externe Koordination der lokalen Partnerschaft für Demokratie in Gera	10, 15, 27



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** eröffnet die 11. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und begrüßt eingangs dessen Mitglieder, die geladenen Sachverständigen sowie die Gäste und Zuhörer auf der Empore.

Anschließend gratuliert er Abg. Ulrike Bahr (SPD) im Namen des Ausschusses nachträglich zu ihrem Geburtstag.

Er weist eingangs darauf hin, dass die Sitzung zum Zwecke der Erstellung eines Protokolls aufgezeichnet und das Protokoll im Nachgang zur Sitzung im Internet veröffentlicht werde. Die Sachverständigen bittet er, während ihrer Redebeiträge das Mikrofon zu benutzen.

Die Gäste auf der Empore weist er sodann darauf hin, dass Foto-, Film- und Tonaufnahmen der Sitzung nicht gestattet seien.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende Einvernehmen bezüglich der Tagesordnung und des Ablaufs der Sitzung fest.

Tagesordnungspunkt 1

Erfahrungen mit dem Bundesprogramm "Demokratie leben!"

Der **Vorsitzende** stellt zu Beginn der Anhörung noch einmal die geladenen Sachverständigen vor, nämlich:

Thomas Heppener, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ),
Referatsleiter Demokratieförderung,

Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut e.V.,
Abteilungsleiter Jugend und Jugendhilfe,

Dr. Christiane Nischler-Leibl, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und

Sybille Thomae, Externe Koordination der lokalen Partnerschaft für Demokratie, Gera.

Der Ablauf gestalte sich wie folgt: Die Sachverständigen erhielten am Anfang Gelegenheit, jeweils fünf Minuten in einem Eingangsstatement zum Thema vorzutragen. Anschließend bekämen die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, den Sachverständigen Fragen zu stellen. Thomas Heppener (BMFSFJ) eröffne die Runde der Eingangsstatements. Die spätere Antwortrunde beginne, in umgekehrter Reihenfolge, bei Sybille Thomae.

Ziel sei es, die Anhörung bis 18:50 Uhr abzuschließen.

Der **Vorsitzende** bittet Thomas Heppener (BMFSFJ) um sein Eingangsstatement.

Thomas Heppener (BMFSFJ) berichtet, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) habe im Januar 2015 das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gestartet, das jetzt an das Ende der ersten Förderperiode komme. Man sei sehr froh, dass die Bundesministerin im zurückliegenden Jahr den politischen Willen geäußert habe, das Programm zu entfristen, was den Auftrag gebracht habe, das Programm weiterzuentwickeln, zu schauen, wie eine neue Förderperiode aussehen könne.



Er gliedere seinen Vortrag in zwei Teile. Zuerst spreche er darüber, wie der derzeitige Stand sei. Danach sage er etwas dazu, was die Abgeordneten vielleicht auch interessieren, was eigentlich für diese nächste Förderperiode geplant sei.

Das Bundesprogramm zielt auf eine Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischen Verhaltens, habe den Schwerpunkt der präventivpädagogischen Arbeit, komme von der Entwicklung her vor allen Dingen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus, nehme aber mittlerweile alle demokratiefeindlichen Phänomene in Betracht, wolle auf kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Ländern arbeiten, im Bund vor allen Dingen auch Zivilgesellschaft stärken und versuchen, zu einem gemeinsamen strategischen Handeln zu kommen. Man sehe natürlich, Demokratieförderung und Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Bundesprogramm sei eine der wichtigen Säulen der Strategie der Bundesregierung zur Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Mittlerweile gebe es 300 lokale Partnerschaften für Demokratie; dazu könne dann Frau Thoma aus Gera noch einmal konkret berichten. Die dreihundertste sei gerade in Köthen gestartet, wo man sage: „Ja, wir finden es gut, wenn Kommunen und Landkreise sich in der Frage der Entwicklung der Stärkung von Demokratie bewegen.“ Die wüssten am besten, welche die konkreten Herausforderungen bei ihnen vor Ort seien. Man unterstütze das jeweils mit der Ausstattung einer Fach- und Koordinierungsstelle, gebe Fondsmittel, habe Jugendforen gestartet und wolle vor allen Dingen eine Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Um eine Zahl zu nennen, allein 2018 seien dadurch rund 3.500 lokale Einzelmaßnahmen in den sehr unterschiedlichen Feldern demokratischen Engagements entstanden. Über diese Maßnahmen entschieden die Kommunen selbst.

Die zweite Ebene sei die Landesebene, auf der es die Zusammenarbeit mit allen 16 Bundesländern gebe und man die Arbeit von Landesdemokratiezentren fördere. Dazu könne Frau Nischler-Leibl aus Bayern viel besser etwas im Detail berichten. Die Rahmung gestalte sich dort so, dass man aus

der Arbeit der Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus komme, man mittlerweile aber sehe, dass viele der Aufgaben vor Ort in den Ländern koordiniert würden und die Länder auch vor unterschiedlichen Herausforderungen stünden. Man habe die Ergebnisse der NSU-Untersuchungsausschüsse sehr ernst genommen und unterstütze dort die Beratung von Opfern rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt, unterstütze die mobile Beratung und auch die Beratung im Rahmen von Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen, auch Modellprojekte gegen islamistischen Extremismus, wohl wissend dass die Organisation dieser konkreten Arbeit von Landesdemokratiezentren in allen 16 Bundesländern unterschiedlich aussehe. Man arbeite mit sehr unterschiedlichen Partnerinnen und Partnern. In Brandenburg sei es z. B. die Staatskanzlei, in Niedersachsen das Justizministerium, in Hessen das Hessische Zentrum gegen Extremismus, also dort das Innenministerium. Aber alle vereine ressort- und ebenenübergreifend die gemeinsame große Herausforderung, sich für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus zu engagieren.

Der dritte Bereich, die Bundesebene. Dort habe man mit dem Programm versucht, die Strukturentwicklung von 35 Trägern auf Bundesebene zu unterstützen, die in sehr unterschiedlichen Bereichen tätig seien von der Arbeit zu Rechtsextremismus und Gender oder Antisemitismus über die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus bis hin zu neuen Organisationen wie „Each One Teach One (EOTO) e.V.“, die sich gegen den Rassismus gegen schwarze Menschen richtete. Dazu komme neben diesen drei Strukturelementen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene eine sicher auch ein Stück weit dem überdynamischen Wachstum des Programms geschuldete Struktur von verschiedenen Themenfeldern, in denen das Ministerium fast 300 Modellprojekte fördere, die sich mit Antisemitismus, Antiziganismus, Islam-/Moslemfeindlichkeit, rassistischer Diskriminierung beschäftigten, die versuchten, im Kindergarten oder in der Verbindung zwischen außerschulischer und schulischer Jugendarbeit aktiv zu werden, die sich natürlich auch mit allein 77 Modellprojekten der Radikalisierungsprävention beschäftigten, aber eben auch die Fragen von Engagementvielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt in den Blick nähmen und



auch die Fragen der Konflikte der Einwanderungsgesellschaft oder der Arbeit gegen Hass im Netz. Es handle sich um einen auch für das Ministerium besonderen Bereich, weil er auch in der Zusammenarbeit und mit dem Justizministerium funktioniere. In jedem Bundesland fördere man ein Modellprojekt zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. All das zeige schon einmal die gesamte Bandbreite des Bundesprogramms. Im Rahmen der Weiterentwicklung versuche man, das auch ein Stückchen stärker zu fokussieren, an die gesellschaftlichen Herausforderungen bei Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft anzupassen.

Es bleibe bei der wichtigsten Säule mit immerhin jetzt fast 30 Mio. Euro, das sei die Förderung lokalen Engagements, weil man sehe, dass zivilgesellschaftliches, demokratisches Engagement nur konkret vor Ort in den Kommunen funktionieren könne.

Man werde die Arbeit mit den Ländern weiter stärken, zusammen ausbauen. Auf Bundesebene werde man neue Kompetenzzentren und Netzwerke zu Themen einrichten. Man habe die Modellprojektbereiche unter drei Kernziele des Programms gestellt. Das heiße, Förderung von Demokratie, Vorbeugung von Extremismus und die Gestaltung von Vielfalt, weil man diese drei großen Bereiche und als Herausforderungen für die nächste Förderperiode sehe.

Der **Vorsitzende** bittet Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) um sein Eingangsstatement.

Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) erklärt, das Deutsche Jugendinstitut (DJI) begleite mit zwei anderen Partnern das Bundesprogramm wissenschaftlich. Man sei also das notwendige wissenschaftliche Pendant zu der Programmumsetzung. Er wolle gern aus dieser Perspektive ein paar Bemerkungen zu dem Programm machen.

Das DJI mache das nicht zum ersten Mal. Man habe auch seit 15 Jahren die Vorgängerprogramme mitbegleitet, so dass man auch einen ganz guten Vergleich habe, auch die Entwicklung der Programme gut beobachten könne, die ja zunächst

einmal reine Programme der Prävention gegen Rechtsextremismus gewesen seien, sich dann Stück für Stück thematisch geöffnet und unter Frau Bundesministerin a. D. Schröder erstmals den Blick auf Linksextremismus auf der einen Seite und Islamismus auf der anderen Seite gerichtet hätten, und damit erst die ganze Breite des gesamten Phänomens aller Extremisten, aller antidemokratischen Positionen im Programm „Demokratie leben!“ aufgenommen worden sei.

In Ergänzung zu Herrn Heppener sei ihm noch wichtig, einen Punkt stark zu machen, an dem man sich klar werde, wo der Fokus dieses Programmes liege. „Demokratie leben!“ habe seinen Schwerpunkt eindeutig auf der Zielgruppe der jungen Menschen, also bis offiziell 27 Jahre. Das könne auch bis 30 Jahre sein, so genau nehme man das nicht, aber es gehe vorrangig um junge Menschen und alle die, die mit jungen Menschen in irgendeiner Weise zu tun hätten, Fachkräfte, ehrenamtlich Engagierte, Lehrkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe etc. Es sei kein Programm, das alle Bevölkerungsschichten adressiere, sondern das einen Schwerpunkt auf junge Menschen habe. Das sei auch im Verständnis zu anderen Programmen wichtig, die teilweise auf Landes- oder Bundesebene liefen. Es gebe einen eindeutigen, er sage mal „Jugendschwerpunkt“, was dann auch im BMFSFJ richtig verankert sei.

Wenn man sich das Programm anschauere, und Herr Heppener habe es gerade eben deutlich gemacht, dann sehe man, wie breit aufgestellt, wie heterogen das Programm sei. Für das Verständnis des Programms sei es wichtig, sich klar zu machen, dass es eben nicht nur ein reines -es werde häufig so verkauft-, aber nicht nur ein reines Präventionsprogramm sei. Natürlich habe es einen Schwerpunkt im Bereich Prävention gegen Extremismus, aber es habe genauso, und das sei eine Weiterentwicklung gegenüber den vorhergehenden Programmen, Schwerpunkte im Bereich von Demokratieförderung und politischer Bildung. Was sich zunehmend herauskristallisiere, und was dann eben auch in der neuen Phase ein eigener Schwerpunkt sein werde, sei das, was unter dem Thema „Vielfaltsgestaltung“ laufe. Das sei in den früheren Programmen so gut wie gar nicht enthalten gewesen, habe sich aber inzwischen als ein eigenständiger Bereich entwickelt. Es sei klar,



dass in einer pluralistischen Gesellschaft, in der Vielfalt immer mehr an Bedeutung gewinne, auch solche Programme darauf reagierten.

Von Seiten der wissenschaftlichen Begleitung, weil man immer danach gefragt werde und das die Standardfrage sei, wolle er es dann gleich sagen: Was steht im Mittelpunkt des Programmes? Man müsse sich bei dem Bundesprogramm klar machen, der Bund habe in diesem Bereich oder das BMFSFJ vor allen Dingen in diesem Bereich - beim BMI sehe es ein bisschen anders aus-, aber im Kern erst einmal nur begrenzte Zuständigkeiten aufgrund der föderalen Strukturen. Dazu könne Frau Nischler-Leibl dann auch etwas sagen. Der Bund dürfe und könne keine Infrastrukturen finanzieren. Der Schwerpunkt dieses Programmes liege auf der Modellhaftigkeit. Es gehe darum, dass dieses Programm anregen solle. Deswegen stehe nicht im Mittelpunkt des Programmes, ob das Programm im Landkreis xy wirkungsvoll den Rechts- oder Links- oder islamistischen Extremismus bekämpfe. Die Modellhaftigkeit sei die leitende Frage für die wissenschaftliche Begleitung, vor allen Dingen in Bezug auch auf die Modellprogramme, aber auch auf die bundeszentralen Träger. Auch die Landesdemokratiezentren lieferten die Impulse, lieferten die Anregungen für die Entwicklung der Fachpraxis, lieferten die Impulse für demokratisches Engagement, für die fachliche Weiterentwicklung der unterschiedlichen Akteure in diesem Bereich. Man gebe von dort aus Anregungen in die Förderung, in die ganz verschiedenen Verästelungen der Förderung von Demokratie. Das sei die leitende Frage. Wenn die Abgeordneten ihn nachher unter Umständen fragten: „Wirkt das Programm?“ sage er: „Ja, als Modell und als Anregungsfunktion schon, aber bei allen anderen Dingen müssen wir uns genauer drüber unterhalten.“

Der **Vorsitzende**: erteilt anschließend Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) das Wort.

Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) berichtet, im Geschäftsbereich des Bayerischen Sozialministeriums sei tatsächlich der Bereich der Jugend, die Kinder- und Jugendhilfe, die Regelstrukturen, mit denen man arbeite, angebunden, aber eben auch modellhafte Projekte

und Themen, wie beispielsweise das Thema Prävention. Es sei eine sehr bewusste Entscheidung, dass man als Sozialministerium für die Säule „Prävention“ stehe und zwar für verschiedene Formen von Prävention. In diesem Fall gehe es vor allem um Extremismusprävention.

Man verstehe Extremismusprävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weshalb es in Bayern die Entscheidung gegeben habe, diese im Sozialministerium anzubinden, bei gleichzeitigem engen Austausch mit anderen Ministerien, Ressorts, aber auch mit anderen Trägern und Strukturen. Sie spreche hier für einen Teil des Landesdemokratiezentrams. Schauen man auf die Strukturen von „Demokratie leben!“, habe man sich in Bayern dafür entschieden, das Landesdemokratiezentrum in einen Bereich aufzuteilen, der sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftige, das sei die Landeskoordinierungsstelle, die beim Bayerischen Jugendring, also einer Regelstruktur angebunden sei, aber eben nur angebunden und im Ministerium koordiniere man ein breit angelegtes Netzwerk von Akteuren, vor allem im Bereich der Salafismusprävention, aber auch in anderen Phänomenbereichen beispielsweise im Bereich gegen Linksextremismus, aber auch beispielsweise gegen Antisemitismus. Die Ausschussmitglieder sähen, man habe einen sehr breit aufgestellten Ansatz. Es sei ein Netzwerkansatz, um auf den Vorredner zurückzukommen. Für das Ministerium sei es wichtig, interministeriell zusammenzuarbeiten, sowohl im Bereich der Salafismusprävention als auch im Bereich der Rechtsextremismusprävention, jeweils unter Federführung des Innenministeriums, weil man überzeugt sei, dass Prävention, also das Agieren möglichst im Vorfeld einer Radikalisierung, und die Repression als Säulen zusammengehörten. Dabei werde relativ genau zwischen Maßnahmen unterschieden, die sich an Gruppen bis hin vielleicht an die Gesellschaft wendeten und bei denen der Fokus immer auf dem Phänomen liege, gegen das es gehe, und zwischen Maßnahmen, die sich an das Individuum, den einzelnen richteten im Bereich der Deradikalisierungsarbeit. Auch das sei Teil des Netzwerks. Bei diesen zwei Säulen aus Prävention und Repression sei es ihnen wichtig, eine Vielzahl von Akteuren einzubinden, dass die Ministerien gemeinsam zusammenarbeiteten, von



den Sicherheitsbehörden bis zu den Sozialbehörden, vom Kultusministerium bis hin zur Justiz, eben Stichwort auch JVA mit den dort angesiedelten Säulen Repression und Prävention, aber dass man vor allem auch mit interkommunalen Netzwerken zusammenarbeite, da präventive Arbeit sehr stark vor Ort ansetzen sollte. Das sei ihre Überzeugung. Deswegen binde man auch sehr bewusst zivilgesellschaftliche Träger als Kooperationspartner ein und habe natürlich eine breite Partnerschaft bis hin in den Bereich der politischen Bildung. Zu dieser Vielfalt landesspezifischer Strukturen komme nun das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hinzu, das natürlich einen weiteren Faktor und im Idealfall eine Ergänzung bilde. Seit 2015 koordiniere man und setze man das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ um. Dabei werde sehr stark versucht, darauf zu achten, dass die bestehenden Bedarfe aber auch Strukturen vor Ort in dieser Vielfalt der Träger Hand in Hand mit den Aktionen eines Bundesprogramms gingen. Das seien die großen Herausforderungen. Das eine, dass es eine breite thematische Vielfalt gebe, die sich aber an dem orientieren müsse, was man an Bedarf habe, vor allem in einem Flächenstaat, mit großen Unterschieden gegebenenfalls zwischen Stadt und Land, aber auch, was die Anforderungen an die Phänomenbereiche angehe, je nachdem welche Relevanz die vielleicht vor Ort hätten.

Es sei ihnen aber auch wichtig, immer zu überlegen, wie gehe man mit den Angeboten in die Fläche, wie erreiche man dadurch möglichst viele Menschen und wie schaffe man das ganze vor Ort, aber dann auch in Zusammenarbeit mit dem Bund möglichst so, dass man das mit so geringem Verwaltungsaufwand wie möglich, aber eben auch so effektiv, wie es gehe, gestalte, um dem allen gerecht zu werden.

Ziehe man schon mal ein kurzes Resümee und betrachte dabei auch die neuen Förderrichtlinien, dann gebe es das Bestreben, das man im Sinne des Föderalismus während der zurückliegenden Jahre auch immer vorangetrieben habe, nämlich zu sagen, so bedarfsorientiert wie möglich in dieser Interaktion zwischen föderalem Anspruch, der sich am Bedarf vor Ort orientiere, und den Vorgaben eines Bundesprogramms.

Der **Vorsitzende** erteilt sodann Sybille Thomae (Externe Koordination Gera) das Wort.

Sybille Thomae (Externe Koordination Gera) dankt für die Einladung und führt aus, sie wolle kurz die Partnerschaft für Demokratie in Gera vorstellen. Die Ausgangslage sei seit 1989 eigentlich eine schwierige. Die Einwohnerzahl habe bei knapp 140.000 Einwohnern gelegen, die dann durch Schließung von Industrie und Fabriken und dem damit verbundenen Wegzug auf unter 100.000 zurückgegangen sei. Man sei gerade in dem Prozess, dass man sich stabilisiere und wieder Zuwanderung in Gera habe. Bis dahin sei die Folge natürlich gewesen, dass sich die Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Gera nicht gerade sehr optimal gestalteten. Zusätzlich habe man eine Haushaltskonsolidierungsphase gehabt, die in diesem Jahr beendet worden sei. Das bedeutete im Nachgang, freiwillige Leistungen seien zurückgegangen. Zudem sei es so, dass man damit zu kämpfen habe, dass die Oberbürgermeister nie länger als sechs Jahre in ihrem Amt bestätigt blieben, also nie wiedergewählt würden, was, glaube sie, auch zeige, dass es mit dem Vertrauen in die Institutionen immer schwierig sei.

Trotzdem gebe es seit letzter Woche die Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass Gera besser sei als sein Ruf. Sie glaube, das habe man in den letzten Jahren durch öffentliche Aktivitäten ein paar Mal zeigen können. Das heiße, Gera habe so einen Aufwärtsgedanken, den es mittrage. Es gebe Ansiedlung von neuen Gewerbeflächen, Industrie komme nach Gera. Man habe momentan einen Bürgermeister, der auch sehr für die Partnerschaft für Demokratie brenne, der sehr in der Öffentlichkeit stehe und der so den jungen Gedanken mit nach außen trage. In Gera gebe es bis heute knapp 700 Vereine, die alle ehrenamtlich tätig seien. Bei einer Einwohnerzahl von 96.000 spreche das für sich. Damit habe man, glaube sie, in ganz Thüringen die größte Vereinslandschaft überhaupt, und man habe 78 Selbsthilfegruppen.

Die Partnerschaft für Demokratie sei durch einen Stadtratsbeschluss bis zum 31.12.2019 rechtlich abgesichert. Man sei froh darüber, dass das Bundesprogramm entfristet worden sei. Darum gehe es in einer Stadtratsbeschlussvorlage oder in Ergänzung dessen.



Nach der Stadtratsvorlage bzw. dem Beschluss, gebe es 24 Mitglieder im Begleitausschuss bestehend aus Zivilbevölkerung, Verwaltung, Parteien, also in dem Fall den Fraktionen, aus einem Mitglied des Seniorenbeirats und einem Mitglied des Jugendrates.

Die Leitziele, die man sich jedes Jahr gebe, stelle man natürlich am Ende des Vorjahres zur Evaluation. Und auf Grundlage dessen überprüfe man diese, ob man die fortführe oder ob man neue Leitziele für die Partnerschaft finde. Meistens lägen die Leitziele in dem Bereich „Belebung der ländlichen Ortsteile“. Gera sei eine kreisfreie Stadt, habe aber viele Eingemeindungen. Die Gebiete um Gera herum, die Ortsteile seien eher ländlich geprägt. Für sie sei es ganz wichtig, dass diese Gebiete immer wieder merken, dass sie mit in Gera angekommen seien, dass sie ein Teil der Stadt seien und nicht das Dorf. Stärkung des Gemeinschaftsgefühls im Allgemeinen.

Dann Partizipation und Diversität und Inklusion: Dazu wolle sie kurz Praxisbeispiele nennen, zum Beispiel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Die Partnerschaft für Demokratie habe sich zu den zwei Logos der Geldgeber, die bezüglich der Inhalte natürlich die Leitlinien mit vorgeben, ein eigenes Logo gesucht, damit sich alle Vereine und alle Partner wiederfinden. Das sehe man auf dem Handout, das sie mitgebracht habe. Da sei die Partnerschaft für Demokratie und unten drunter sei die Skyline einer Stadt. Man habe das Ganze „Miteinanders für Gera“ genannt. Dieses Logo sei in Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen entstanden. Es drücke aus, was man sei. Man sei für etwas und nicht gegen etwas. Das heiße, man wolle motivieren, ermutigen und mitmachen. Und wie gehe das? Das gehe nur darüber, dass man miteinander redet, nicht gegen jemanden rede, dass man Menschen mitnehme, dass man Menschen von etwas Gutem überzeugen könne. Und das führe man seit 2017 in eigenen Projekten durch. Das heiße, man vergebe nicht nur an Vereine, die sie vorhin aufgezählt habe, sondern der Begleitausschuss der Stadt Gera habe sich als eines seiner stärksten Ziele mit gesetzt: „Wir müssen öffentlich aktiver werden.“ Denn ganz viele hielten an Aktivitäten bei, aber die wenigsten wüssten dann immer, dass die Partnerschaft für Demokratie in Gera dahinter stecke. Es sei schön,

dass das ganz viele machten, aber bekanntermaßen funktioniere Pressearbeit nicht immer so, wie sie sollte und deswegen gehe man mehr in die Öffentlichkeit. Das seien unter anderem Projekte, wie „5 Minuten Zeit für Demokratie“. Wie habe man das gemacht? Sie seien in die Schulen gegangen. 85 Schulen gebe es in der Stadt Gera und an jede Schule seien Uhren verteilt worden, aber in einem ein- bis zweistündigen Workshop zur Demokratiebildung. Das hätten die Begleitausschussmitglieder gemacht und in jeder Schule gebe es jetzt eine Uhr mit ihrem Logo. Warum habe man das gemacht? Manchmal fehle es den Schulen auch an solchen Ressourcen, dass in jedem Klassenzimmer eine Uhr sei. Natürlich sei eine Uhr nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber für sie sei es wichtig gewesen, man habe den Bedarf erkannt und habe außerschulisch Fuß gefasst.

Weihnachtsbacken: Sie bitte, das Backen nicht so zu verstehen, dass das jeder mache, backen und essen, sondern hier sei es darum gegangen, dass man Hochwasser gehabt habe, wovon die ländlichen Gebiete sehr betroffen gewesen seien. Das „Weihnachtsbacken“ sei in einem ländlichen Gebiet vollzogen worden, in dem man alle Vereine, Schulen, Kitas dazu aufgefordert habe, in diese Backstube zu kommen. Das heiße, die öffentlichen Verkehrsbetriebe zu benutzen und diesen Ortsteil wieder lebendig zu machen. Und das bei einer Aktion von drei Wochen. Und auf einmal sei die Bushaltestelle wieder belebt gewesen mit kleinen Kindern, mit Schülern, mit Sportlern. Es sei für den Ortsteil toll gewesen. Das sei das Resümee bzw. der Hintergrund dazu gewesen, einen Ortsteil zu beleben, auch wenn es natürlich nur temporär gewesen sei.

Das andere sei ein „Eisstockschieß-Turnier“ gewesen, zu dem man generationsübergreifend alle in Gera aufgerufen habe. Mehrere Vereine, mehrere Schulen hätten sich dazu angemeldet und man habe sogar eine gemischte Stadtratsmannschaft gehabt. Und ausgerechnet die gemischte Stadtratsmannschaft, die sonst sehr konträr in ihren Sitzungen sei, sie die Mannschaft gewesen, die gewonnen habe. Und das zeige ihnen: „Es geht doch, es geht das Miteinander.“ Und das sei für sie das ganz, ganz Große gewesen.



In diesem Jahr habe man sich zum 1. Mai auch einen Partner von außerhalb geholt, nämlich „Politik zum Anfassen“. Und „Politik zum Anfassen“ habe den Geraer Bürgern auf eine niedrigschwellige Art gezeigt, wie wichtig Europa sei. Der Geraer sei mitgenommen worden.

Gera sei ein schwacher Wirtschaftsstandort und das merke man auch, viele Geschäfte stünden leer und dass der Bürger manchmal davon entmutigt sei. Man habe es sich zur Aufgabe gemacht, mit der Aktion „Gera lebt, lacht und ist fantastisch“ das Herz ihrer Stadt zu beleben. Und das sei der Straßenzug „Sorge“. Man wolle, dass die „Sorge“ mit ihrem Namen nicht auch gleich den Inhalt fülle. Man organisiere in diesem Jahr eigentlich ein drittes Dinner auf der „Sorge“. Und beim ersten Auftaktessen hatte man es geschafft, 173 Menschen zu motivieren, mit Stuhl, Tisch und Essen auf die „Sorge“ zu kommen. Sogar ein Tenor aus der Oper sei dabei gewesen, der diese Einkaufspassage, was sie früher gewesen sei, ganz lebendig gestaltet habe, toll.

Aktuell verfolge die Stadt Gera ein ganz großes Projekt „Inklusion im Blick“. Das sei die erste Wanderausstellung zum Thema Inklusion innerhalb Deutschlands. Und wir haben es geschafft. Wir haben im Begleitausschuss ein Mitglied, das ist die Behindertenbeauftragte der Stadt Gera, und die hat dann gesagt: „Wollen wir dieses Projekt nicht als Begleitausschuss in diesem Jahr zur Öffentlichkeitsarbeit machen?“ Man habe es geschafft und habe ein Programm geplant mit wirtschaftlich sparsamer Mittelverwendung, in dem über 67 Partner mitwirkten. Jetzt gestalte man die Stadt für vier Wochen in der Öffentlichkeit so, um zu zeigen, wie wichtig dieses Thema Inklusion sei.

Ansonsten sei es so, dass es nur miteinander gehe, nicht gegeneinander. Es sei ein Schülerwettbewerb vom Schulamt Ost-Thüringen ausgelobt worden – „Demokratie gestalten – aber wie?“. Drei Schulprojekte aus Gera seien mit unter die ersten fünf Plätze gekommen. Den ersten Platz habe ein Projekt bekommen, das heiße „Pazifismus“ vom Filmclub Gera-Pforten. Das sei genau das, wo man von der Qualität her hinwolle. Jetzt zeige es sich, dass das nachhaltig sei. Und es zeige sich, dass sich auch der lange Weg gelohnt habe, denn sie

seien vorher auch Partner in „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ gewesen.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen ihre Eingangsstatements und leitet zur Fragerunde über. Er bittet die Ausschussmitglieder anzugeben, an wen sie ihre Frage richteten.

Abg. Martin Patzelt (CDU/CSU) stelle nun die ersten Fragen.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) dankt im Namen seiner Fraktion für die Berichte von der Bundes-, einer Landesebene, von einer kommunalen Ebene und auch von Seiten des beobachtenden Instituts.

Er wolle noch eine Vorbemerkung machen. Mit der Anhörung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“, wolle man gerne die Wirksamkeit dieses Programms auch auf den verschiedenen Ebenen erfragen. Man könne sich über das, was in Gera alles so passiere, freuen und als ehemaliger OB von Frankfurt (Oder) könne er sehr gut nachvollziehen, wie die Situation sei, aber man gebe ja viel Geld aus. Die Sorge sei jetzt, er spreche da einmal für seine Fraktion, dass man punktuell, wie in einem Ufo sozusagen, mit dieser Summe, mit den Projekten, also missionarisch, in den Kommunen, an den Lebensorten der Menschen lande. Die Frage der Vernetzung, der Wirksamkeit dieses Geldes und dann auch der Kraft und der Ideen der Projektträger, ob das wirklich in die Breite gehe, das sei ihre Sorge.

Er frage, Herrn Heppener, welche Erfahrungen er denn gewonnen habe, dass sich tatsächlich auch Kommunen und Länder mit ihren Programmen oder zumindest mit ihrer Bereitschaft einbinden ließen und die Projektträger, die ja auch bundesweit zum Teil agierten und gar nicht lokal angebunden seien, die kämen ja zum Teil sozusagen auch als „Fremdlinge“ in diese Gegend, er jedenfalls habe es so erlebt, und wollten „missionieren.“ Also wie sei das? Nähmen die neuen Richtlinien für die Vergabe dieser Mittel, diesen Punkt auch auf? Er kenne die ja noch nicht. Ließen die auch das Bemühen erkennen, diese kommunale Mitarbeit, wenn eine Bewilligung ausgesprochen werde, zu fordern?



Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Abg. Dr. Karamba Diaby (SPD) das Wort.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) dankt für die Einführungen und auch für diese hervorragende Arbeit, die in den letzten Jahren in diesem Bereich gemacht worden sei. Man sehe auch, dass in den Kommunen, die Zahl der Organisationen, die sich aktiv beteiligten, wirklich zugenommen habe. Das sei ein schönes Zeichen.

Er habe zwei Fragen an Herrn Heppener. Die eine Frage beziehe sich auf das Thema Verband der Beratungsstellen, bundesweite Koordinierungsstelle. Ihn interessiere, welche Überlegungen es gebe, das neu aufzustellen, dass in Zukunft die Arbeit dort auch gewährleistet werde. Gebe es andere Ideen, wie diese Arbeit dort fortgeführt werde? Wenn ja, wie solle das aussehen?

Zweite Frage: Herr Heppener habe gesagt, dass es unterschiedliche Formen der Koordinierung der lokalen Aktionspläne gebe, also Partnerschaften praktisch in unterschiedlichen Ländern, Staatskanzleien, Ministerien und andere Formen. Er frage, ob es in den Evaluationen Aussagen darüber gebe, welche Form denn am besten geeignet sei, ohne Länder zu nennen oder jemanden nahezutreten, welche Form sei am geeignetsten, um wirklich in die Fläche zu gehen? Gebe es diese Erfahrungen schon oder wie könne man sich das vorstellen?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt für die Ausführungen und erklärt, auch ihre Fraktion begrüße es sehr, dass das Programm verstetigt worden sei und halte es für einen sehr wichtigen Baustein. Nichtsdestotrotz habe sie ein paar Fragen zur Weiterentwicklung und der neuen Ausschreibung, die sich ja ein wenig von den vorherigen Bedingungen unterscheiden, wenn sie das richtig gesehen habe. Insofern richte sie ihre Fragen auch in erster Linie an Herrn Heppener und gegebenenfalls an Herrn Lüders, falls er dazu noch etwas ergänzen könne.

In der neuen Ausschreibung sei festgelegt, dass es bei Bundesnetzwerken bildungspolitische Träger sein müssten, wenn sie das richtig entnommen habe. Das heiße, es würden damit Träger, die bisher auch gefördert worden seien, jetzt von der Teilnahme an dem Programm ausgeschlossen. Sie denke hier an das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das ein Projekt zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum gehabt habe, solche Themen oder auch die mobile Opferberatung, die auch Bundesnetzwerke hätten. An die Abgeordneten sei die Frage herangetragen worden, warum man jetzt nach den neuen Richtlinien nicht mehr förderberechtigt sein solle. Hier glaube sie, habe im Raum gestanden, diese Aspekte, die dann jetzt mit „Demokratie leben!“ nicht mehr abgedeckt werden würden, ggf. mit einer Engagementstiftung abzudecken. Nur stehe die ja im Moment in den Sternen, so wie sie das mitbekomme. Bestehe dann die Gefahr, wenn die Engagementstiftung jetzt so nicht komme und das bei „Demokratie leben!“ dann auch nicht mehr enthalten sei, dass diese Komponente, gerade so etwas wie Demokratieförderung in ländlichen Gebieten o. ä., dann wegfielen?

Ansonsten habe sie noch gesehen, dass der Eigenanteil der Projekte jetzt nicht mehr 20 Prozent, sondern 10 Prozent betrage. Wenn das so der Fall sei, begrüße man das, weil es eine gute Entlastung derjenigen sei, die die Projekte machten.

Und eine Frage noch: Werde so etwas wie Service-Learning, wo Engagement in die Schulen und Hochschulen hineingetragen werde, im Rahmen von „Demokratie leben!“ generell förderfähig oder wäre das eine ganz andere Baustelle?

Der **Vorsitzende** dankt für die bisher gestellten Fragen und nutzt die Gelegenheit, den Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Zierke (BMFSFJ) im Unterausschuss zu begrüßen, der der Sitzung heute als Zuhörer beiwohnt.

Im Anschluss erteilt er Abg. Nicole Höchst (AfD) das Wort.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD) stellt fest, dass sei eine lang herbeigesehnte Sitzung, in der alle viel lernen wollten. Man habe eine Reihe von Fragen, besonders an Herrn Heppener. Sie frage, ob er bitte



einmal konkret benennen könne, wer die viel beschworene Zivilgesellschaft sei? Sei die Zivilgesellschaft gleichzusetzen mit der zivilen Bevölkerung, also den Bürgern oder sei sie den Bürgern über-, neben- oder untergeordnet? Und wenn ja, qua welchen Rechts?

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sollten in den Ländern sogenannte „Demokratiezentren“ etabliert werden, mit dem Ziel einer Stärkung der demokratischen Kultur der jeweiligen Bundesländer. Eine ihrer Fragen, die sich da konkret aufdränge laute: Seien aber nicht die freigewählten Parlamente der Länder die eigentlichen, die geborenen und exklusiven Demokratiezentren?

Eine weitere Frage: Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stelle für das Haushaltsjahr 2019 gut 115 Mio. Euro bereit. Das sei mal eine Hausnummer. Wie vertrage sich eine derart prominent budgetierte exekutive Engführung und Verstaatlichung des demokratischen Lebens in Deutschland mit dem Umstand, dass die Parlamente als unmittelbarer und originärer Ausdruck des Demokratieprinzips ja eigentlich zur Kontrolle der Exekutive berufen seien?

Die letzte Frage für die erste Runde: Wie erkläre er sich den Umstand, dass sich die Deutschen mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges von ihrer Regierung in immer intensiverer Weise auf die Demokratieschulbank setzen, in den Nachhilfeunterricht in Sachen Freiheitlichkeit und Selbstbestimmung zwingen lassen müssten, wo sie, die Deutschen, doch der eigentliche Souverän seien?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Katrin Werner (DIE LINKE.) das Wort.

Abg. **Katrin Werner** (DIE LINKE.) erklärt, sie wolle mit Fragen direkt an Herrn Heppener anschließen. Er habe gleich am Anfang gesagt, dass die Förderperiode auslaufe und auch neue Richtlinien angesprochen. Es gehe jetzt gerade um die Finanzierung und er habe erwähnt, dass Bundesministerin Dr. Giffey den politischen Willen erklärt bzw. eine Äußerung dazu getätigt habe. Insofern wäre dann ganz konkret die Frage: Was müsse

man denn mittelfristig oder langfristig auch planen, damit das Programm abgesichert sei? Denn es habe einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung gegeben, von dem sie nicht wisse, ob er zutreffe, aber in dem eben doch angesprochen werde, wie in diesem Jahr die Finanzierung sei, in dem aber auch drinstehe, dass es über die Jahre hin weniger werden könnte oder sollte. Insofern sei jetzt nicht die Frage, was das Ministerium plane oder der Haushalt vorsehe, das sei ihr ja heute schon beantwortet worden, sondern, was es langfristig brauche, um das Projekt abzusichern?

Frau Thomaе habe jetzt ganz viele positive Beispiele genannt und dargestellt, dass es um Netzwerkarbeit gehe, dass sie sich vernetzten. Insofern sei auch schon klar, wofür die Gelder mit eingesetzt würden. Es gehe um Demokratiebildung, um Vielfalt. Das seien die wenigen Projekte gewesen, die sie vorgestellt habe. Aber es höre sich natürlich nach viel Woman- und Manpower an. Sei das denn eigentlich wirklich mit der Projektfinanzierung in diesen Projekten abgedeckt? Natürlich gehe es um viel Ehrenamt, insofern frage sie nach der Erfahrung an der Basis oder aus der Praxis, was die Beantragung von Geldern, von Extrageldern, Bürokratiefragen, die damit zusammenhängen, angehe, ob das einfach sei, man mache da einen Stadtratsbeschluss, habe eine Koordinierungsstelle, habe noch jemanden, der ein paar Stunden dazu arbeite und der Rest, glaube sie, laufe ja ein bisschen anders. Vielleicht könne man da auch nochmal ein bisschen ein Signal senden, um das vielleicht abzurunden: Was brauche man für Förderung bei so einem Projekt von „Demokratie leben!“?

Der **Vorsitzende** erteilt Abg. Grigorios Aggelidis (FDP) das Wort, der die erste Fragerunde be-schließe.

Abg. **Grigorios Aggelidis** (FDP) dankt den geladenen Anhörspersonen für die Darstellung und ganz besonders Frau Thomaе, für die sehr eindrucksvollen Beispiele, wie man als Stadt im Endeffekt an die Bürger herangehe und wie man sie dann eben mitbeteilige. Zuerst frage er, wie handhabbar eigentlich aus ihrer Sicht die Programme oder all das, was Antragserstellung, Bürokratie und so weiter angehe, sei? Was würde ihr an Verbesserungen seitens der Politik noch fehlen?



Er schließe an, an den wichtigen Aspekt, den Frau Dr. Christmann genannt habe. Wenn denn diese angesprochene Änderung in dem Sinne käme, dass nur Bildungsträger oder ähnliche das machen könnten, was würde das eigentlich für ihre Arbeit bedeuten und wie würde sie so eine, er nenne es jetzt einmal „Einschränkung“, beurteilen?

An Herrn Heppener gewandt, wolle er die Frage von Frau Dr. Christmann nicht wiederholen, aber die würde ihn auch sehr interessieren.

An Herrn Heppener, und Herrn Lüders richte er eine Frage, die ihn in den letzten Wochen und Monaten sehr beschäftigt habe, weil er dazu einen Artikel in der FAZ und auch in anderen Zeitungen gesehen habe. Spreche man über Demokratieförderung und Bildung und auch ein Stück weit darüber, dass man eine Förderung der Vielfalt und auch am Ende des Tages des demokratischen Diskurses haben wolle, weil ohne entsprechenden Diskurs keine Demokratie funktioniere, habe er den Eindruck, dass man manchmal auch eine etwas andere Gefahr habe, nämlich die, dass, ohne dass man über extremistische Positionen rede, trotzdem Diskurs qua, er nenne es jetzt mal Mehrheit, ein Stück weit unterdrückt werde. Gerade, wenn er sich bestimmte Debatten an Hochschulen und wie sie denn dann liefen angucke. Und die Frage, die sich ihm da stelle: Seien oder wären das denn auch aus ihrer Sicht Bereiche, wo dieses Programm eigentlich gerade unter diesem Aspekt der Vielfalt und des Demokratieverständnisses greifen sollte?

Der **Vorsitzende** leitet zur Antwortrunde über und bittet die Sachverständigen, den Zeitrahmen von fünf Minuten einzuhalten. Dann schaffe man nämlich ganz bequem noch eine zweite Frage- und Antwortrunde. Er bittet Frau Thomae, die erste Antwortrunde zu eröffnen.

Sybille Thomae (Externe Koordination Gera): Die erste Frage nach der Manpower. Das gestalte sich so, dass man 0,5 VBE habe, die seitens des federführenden Amtes aus den Eigenmitteln gestellt werde. Die Kollegin stoße an ihre Grenzen. Also nicht, dass sie das nicht wolle, sondern manchmal wäre eine weitere personelle Besetzung schön. Man müsse ganz ehrlich sagen, die Kommunen

seien alle hinsichtlich ihrer Verwaltungsmitarbeiter schon ganz knapp besetzt und wenn man dann zusätzlich das Bundesprogramm mitnehme, müsse man schauen, wo man die Ressourcen herbekomme. Auch bei ihr in der externen Koordinierungsstelle sei es so. Man habe sich den Luxus gegönnt, dass man in den Bereichen, in denen sie Experten seien, auch tätig sein könnte. Also das heiße, die externe Koordinierung in Gera stelle da auch eine Ausnahmesituation dar. Es gebe vier Mitarbeiter, davon ein Medienpädagoge, der die Homepage gestalte. Er bekomme die Woche fünf Stunden dafür. Zudem habe man eine Mitarbeiterin aus dem Finanzbereich der Kindervereinigung, die dann die Abrechnungen und alles weitere der Träger überprüfe und sie auch dahingehend berate, ebenfalls mit fünf Stunden. Es gebe natürlich die Geschäftsführerin der Kindervereinigung, die die Externe Koordination der lokalen Partnerschaft für Demokratie in Gera unter ihrem Dach leite. Sie selbst sei mit 25 Stunden pro Woche angestellt. Gera sei da auch wieder Ausnahmephänomen. Es gebe darüber hinaus noch das „Denk bunt“-Programm vom Landesministerium, in dessen Rahmen man gegenfinanziert werde und dadurch werde auch ihre Stelle mit vom Landesministerium gegenfinanziert. Dazu müsse man aber sagen, das, was sie vorhin gesagt habe, bei 700 Vereinen. Es sei eine Aufgabe, der sie sich vollends mit Leidenschaft widme, da sie selber auch Geschichtslehrerin und Sozialkundelehrerin für die gymnasiale Oberstufe sei. Von daher sei ihr Tätigkeitsfeld in der politischen Bildung angesiedelt, wobei sie gleich sagen wolle, nicht Partei, sondern Politik. Und das heiße, Demokratiebildung verstärkt nach vorne zu bringen.

Wie gesagt, sie stießen an ihre Grenzen, leisteten Überstunden, die sie dann zum Ende des Jahres nach der abschließenden Demokratiekonferenz abbummelten. Aber sie schafften es. Sie gingen an ihre Grenzen, aber es sei machbar. Natürlich würde man sich mehr wünschen, aber sie denke nicht, dass die 125.000 Euro primär in Personalstellen gehen sollten, sondern wirklich in die intensive Trägerberatung bzw. dort in die Aktions- und Projektfonds einfließen sollten. Das sei ihre Meinung. Inwieweit die anderen Partnerschaften da anders denken, wisse sie nicht, könne sie nicht beurteilen. Für sie sei es so.



Zur Frage von Herrn Aggelidis hinsichtlich der Bürokratie der Programme. Hier würde man sich manchmal eine Vereinfachung wünschen, weil immer gesagt werde: „Wir bauen die Bürokratie ab.“ Aber letztendlich mit Antrags- und Fortschreibungsfristen nehme diese immer mehr zu. Die Träger und sie bekämen von „Demokratie leben!“ natürlich die Vordrucke, die sie für sich als ableistbar ansehe. Dahingehend unterstützten sie dann auch immer die Träger in Abrechnung und Beratung der Antragstellung, aber es gebe auch Träger, die nicht immer in der Lage seien, diesen Antrag auszufüllen. Das bedeute für sie als Koordinierungsstelle natürlich einen enormen Mehraufwand. Da würde man sich schon manchmal eine Vereinfachung wünschen. Und wenn es alleine um die Begrifflichkeiten gehe, „Zukunftswerkstatt“, das sei nicht für jeden Träger inhaltlich ausfüllbar oder aber sie hätten diesen Begriff vielleicht noch nie gehört; was sei eine „Zukunftswerkstatt“. Und wenn sie es ihnen dann erkläre, heiße es: „Ach ja, das machen wir ja.“ Also das heiße, da gehe sie dann mit dem Inhaltlichen eines Sozialkundeführers heran und erkläre das natürlich für den Geraer Bürger so, dass jeder es verstehen könne. Und da sei dann eben manchmal die Bürokratie nicht für jeden verständlich.

Sie habe selbst Evaluationsbögen erarbeitet, damit man auch die eigne Arbeit als Partnerschaft für Demokratie evaluieren könne, den Begleitausschuss und die Koordinierungsstelle, das federführende und die externe Koordinierung, in dem sie jedes Jahr eine Rückmeldung erhielten, bei der auch mit ihnen definitiv kritisch ins Benehmen gegangen werde. Aber sie kriegten eben immer wieder Rückmeldungen seitens der Träger: „Oh Gott, das ist so viel Arbeit.“ Manchmal gebe es das Phänomen, dass dann Träger nicht wieder beantragten aufgrund der hohen Abrechnungsfristen.

Sie würden natürlich auch dahingehend beraten, wo man auch noch zusätzlich Gelder herbekommen könne, denn man habe den Migrationsfonds, den Kulturlastenausgleich etc. Da müsse man auch gucken, dass es inhaltlich in den Bereich passe, und da, wo es nicht passe, auf andere Fördermöglichkeiten hinweisen.

Man sehe auch die Hürde, dass, wenn es um 300-, 400-Euro-Projekte gehe, versucht werde, die Gelder dann lieber woanders herzukriegen, was sie gut finde, weil das Netzwerk da dann funktioniert habe. Aber es werde eben wirklich dann der Mehraufwand gesehen. Denn das, was man sagen müsse, wenn man dieses Programm nehme, dann sei es eine Zusatzleistung, die der Träger oder der Verein sowieso schon leiste und mit dem Programm nochmal zusätzlich Mehrarbeit leiste. Aber die Personen, die dort vor Ort sind, würden nicht mehr.

Der **Vorsitzende** erteilt sodann Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) das Wort.

Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) führt aus, es sei keine Frage an sie direkt adressiert worden, sie wolle daher gern aber noch einmal ergänzen, weil der Begriff gefallen sie das Bundesprogramm als „UfO“. Das sei in der Tat etwas, was natürlich nicht im Sinne eines Landes sei, deswegen habe sie das so betont, man habe natürlich bestehende Strukturen, bestehende Akteure und auch ganz bestimmte Bedarfe. Und das sei genau die Notwendigkeit, denn etwas, was von Extern aufoktroiert werde, ohne dass Bedarf und Strukturen bestünden, das könne nicht funktionieren. Aber das, was Hand in Hand greife mit dem, was es vor Ort auf kommunaler Ebene gebe, aber auch von Einrichtungen und von Angeboten in den verschiedenen Ressorts, das könne wirksam sein. Wenn man sich ein Ziel setze, dann könne man das auch messen. Zum Beispiel könne man sich ein Ziel setzen und sagen, man wolle, dass ein gewisses Phänomen bekannt sei, dass man wisse, dass man in der Breite der Fachkräfte zum Beispiel fundiertes Hintergrundwissen habe. Wie äußere sich eine mögliche Radikalisierung? Wie erkenne man die? Man habe es im Miteinander zwischen Landes- und Bundesprogramm zum Beispiel geschafft, in zwei Jahren 15.000 Fachkräfte, also wirklich Multiplikatoren, zu beschulen. Das sei dann ein Idealfall, weil Strukturen ineinandergriffen. Wenn etwas am Bedarf vorbeigehe, erreiche man genau diese Strukturen und die Leute, die an den richtigen Stellen säßen, sicherlich nicht.



Der **Vorsitzende** dankt Dr. Christiane Nischler-Leibl und bittet Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) um seine Antworten.

Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) erklärt, er wolle gern auch noch einmal auf die Ufo-Gefahr eingehen, die Frage von Herrn Patzelt und die Frage ein bisschen differenzieren. Das sei auf das Programm insgesamt bezogen sehr schwierig, weil das Programm sehr heterogen sei. Er versuche, das ganz kurz in den Programmbereichen zu machen. Für die Landesdemokratiezentren müsse er nichts sagen, das habe Frau Nischler-Leibl gemacht. Schauen er sich die bundeszentralen Träger an, dann sehe er die Gefahr des Ufos überhaupt nicht, sondern ganz im Gegenteil, die hätten als eine zentrale Aufgabe, die unterschiedlich gut umgesetzt werde. Da müsse man im Detail hingucken, aber eine Aufgabe, die auch realisiert werde, sei tatsächlich die Vernetzung sowohl innerhalb des Programmes als auch mit den entscheidenden Akteuren nach außen auf der Bundesebene, weil man da auf der Bundesebene überhaupt nichts gehabt habe.

In Bezug auf die Partnerschaften für Demokratie: Das wäre ein Programmteil, bei dem er sich die allerwenigsten Sorgen mache, weil die überhaupt nur existierten, wenn sie vor Ort vernetzt und eingebettet seien und tatsächlich auch nur dann überhaupt leben könnten, wenn diese Netzwerke existierten, wenn der Ausschuss vorhanden sei usw. Das gehe gar nicht anders.

Wenn er die Frage verstehen würde als Sorge, dann in Bezug auf die vielen unterschiedlichen Modellprogramme, die zunächst einmal angetreten seien, angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen in den jeweiligen Bereichen, neue Strategien und Antworten zu erproben. Er nehme an, im Bereich Arbeits-/ Unternehmensfeld, weil man wisse, dort gebe es Konflikte und wie gehe man damit um und wie könne man damit umgehen. Die seien an ganz unterschiedlichen Orten in dieser Republik angesiedelt, wo eben gerade ein Projekt eine Idee hatte, wie man da weitermachen könne. Die interessante Herausforderung, die in der Tat bestehe, sei, wie könne das dort gewonnene Wissen -und er würde dem Programm bescheinigen, es habe da in den letzten Jahren wirklich eine Fülle von neuen Strategien, Ansätzen,

arbeitsformende Methoden in dem Feld entwickelt-, wie könne das Wissen, welches in dem Modellprogramm und den Projekten entwickelt worden sei, eigentlich in die Regelpraxis überführt werden? Wie könne das angeschlossen werden bei 600 Jugendamtsbezirken und woher wisse der Jugendamtsbezirk in Oberbayern, was dort in der Unterlausitz entwickelt worden sei? Da bestehe sicherlich eine Herausforderung, dieses Wissen noch zu systematisieren. Das Programm sei auch nicht zu Ende. Es werde auch eine Aufgabe des DJI sein, das vorhandene Wissen dort zu bündeln und verfügbar zu machen und dann in der Tat den Transfer, dort, wo er gebraucht werde, in die Regelpraxis hinein zu betreiben. Das liege in der Logik von Modellprojekten, die erst einmal modellhaft etwas entwickeln müssten, das sich bewähren müsse und das dann übertragen werden müsse, Transfer in die Regelpraxis. Dort habe man eine Aufgabe. Dort, glaube er, sei aber auch auf der Bundesebene eine erste Überlegung, wie man da ein Stück weit zur Nachhaltigkeit kommen könne. Das DJI werde ganz gewiss in der nächsten Phase auch noch einmal prüfen, auch empirisch prüfen, was sich davon als tragfähig erwiesen habe, was anschlussfähig geworden sei. Aber zum Schluss müsse man auch ganz deutlich sagen, dass der Bund da anstoßen, anregen könne. Das sei auch die gesetzliche Vorgabe; er habe dort eine Anregungsfunktion, er könne nicht in die Regelpraxis überführen. Zum Schluss sind es die Akteure in unterschiedlichen Bereichen bis hin zu den Jugendämtern im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt, die dafür verantwortlich seien, dass diese Impulse auch ein Stück weit mitaufgenommen würden. Da geschehe schon sehr viel, da könne man sich noch mehr wünschen. Das liege teilweise dann an kommunalen Spielräumen. Dafür habe Frau Thomae gerade ein Beispiel genannt, dass das dann in Regelstrukturen sei. Aber immerhin, die ersten Schritte seien an dieser Stelle gemacht.

Er wolle gerne noch kurz auf die Frage von Herrn Aggelidis zu sprechen kommen, hinsichtlich Vielfalt, Förderung. Er sei nicht ganz sicher, auf welche FAZ-Artikel der Abgeordnete eingehe und auf welche Konstellationen an den Hochschulen er sich beziehe. Er wolle nur deutlich machen und bekenne sich da ein bisschen verantwortlich, weil



man es von Seiten der Evaluation des Bundesprogramms deutlich gemacht habe, es sei sinnvoll, das als einen eigenen Themenschwerpunkt des Bundesprogrammes auszuweisen. Der werde dann in der nächsten Förderphase als eine eigene Säule sichtbar werden. In einer zunehmend, an dieser Stelle pluralistischen bunten, vielfältigen Gesellschaft sei es notwendig, Orte zu schaffen, an denen die Unterschiedlichkeit in jeder Hinsicht zum Gegenstand der gemeinsamen Verständigung werde. Diese Orte seien erst einmal nicht selbstverständlich, sie müssten teilweise geschaffen werden, die Beteiligten müssten, er sage das mal, auch an einigen Stellen üben. Er stehe auch auf der Position, dass es nicht einfach nur darum gehe, diese oder jene Identität zu haben und das sei das Einzige, was zähle, sondern es gehe auch darum, andere Perspektiven einzunehmen. Und wenn hier von Förderung von Vielfalt die Rede sei, heiße das, es sollten Orte geschaffen, unterstützt und pädagogisch begleitet werden, an denen genau diese Unterschiedlichkeit, sei es in Form von geschlechtlicher Identität, sei es von ethnischer Zugehörigkeit, sei es auch von regionalen Unterschieden oder wie auch immer, zum Thema werde, ohne dass einer von sich behaupten könne, er dominiere die ganze Geschichte.

Er wolle nicht die identitären Diskussionen haben. Er wolle nicht die Konflikte um Identitäten haben, aber man brauche in einer pluralistischen Gesellschaft die Orte der Verständigung und das zumindest für junge Leute mit pädagogischen Mitteln. Dafür brauche es noch andere gesellschaftliche Orte. Das könne in einem Programm angelegt und gesagt werden, wie man das verbessern könne, wie man die Fachkräfte da qualifizieren könne, das ein Stück weit voranzutreiben. Die seien das nicht gewohnt und träfen auf Identität, mit den sie es bisher nicht zu tun gehabt hätten und müssten dafür ein Stück qualifiziert werden. Da Impulse zu geben, dort sinnvolle Wege auszuprobieren, das finde er, sei eine wichtige Aufgabe.

Der **Vorsitzende** gibt zum Abschluss dieser Antwortrunde das Wort an Thomas Heppener (BMFSFJ).

Thomas Heppener (BMFSFJ) stellt fest, es habe eine ganze Menge Fragen gegeben. Er versuche, diese ein Stück zu verbinden. Wenn er jetzt auf einzelne Dinge nicht in der Konkretheit eingehe, bitte er darum, einfach noch einmal nachzufragen.

Zum einen sei das viel Geld. Es sei natürlich auch immer eine Frage des Blickwinkels, wenn er sich angucke, was die Wiederherstellung der Gorch Fock anbetreffe, dann werde dafür derzeit nach den Zeitungsartikeln mehr Geld ausgegeben. Man stehe vor der Grundfrage, wie man mit der Frage von Zusammenleben, Demokratie in der Gesellschaft umgehe. Man habe bisher im Familienministerium die Basis, die Herr Lüders gerade schon beschrieben habe, nämlich dass dort der Fokus natürlich auf Kindern und Jugendlichen liege. Man sehe aber natürlich auch viele andere Bereiche. Er leite zusammen mit einem Kollegen aus dem Innenministerium die interministeriale Arbeitsgruppe. Man wisse auch, dass es notwendig sei, zusammenzuarbeiten, zum Beispiel mit der Bundeszentrale für politische Bildung, mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Da gehöre dann eben auch dazu, dass es zu den Absprachen jetzt für die neue Förderperiode gehöre, dass die Frage der Stärkung von Demokratie im ländlichen Raum natürlich eher als eine Aufgabe vom Landwirtschaftsministerium und vom Innenministerium, insbesondere mit diesem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gesehen werde, so dass man dort natürlich auch versuche, das gut abgestimmt miteinander zu gestalten.

Es habe ein sehr dynamisches Wachstum des Programms gegeben, was auch an der einen oder anderen Stelle für gerade kurzfristige Entwicklungen gesorgt habe. Man habe sich wirklich die Mühe gemacht, ein Stück zu fokussieren, zu sagen, wo die wichtigen Schwerpunkte seien. Wenn man sehe, dass man fast 300 Modellprojekte habe, dann sei das zum Teil auch schwer aus dem Ministerium zu steuern gewesen. Deswegen sage man: weniger Projekte, klarere Themensetzung und auch durchaus pro Projekt mehr Geld zu geben und die Rahmung dafür auch intensiver zu setzen.



Das heiße auch, den Blick in die gesamte Bundesrepublik zu richten und vor allen Dingen, diese Verbindung zwischen kommunaler, Landes- und Bundesebene zu stärken, und dort auch zu versuchen, dass diese Verzahnung besser gelinge. Es sei so, dass man derzeit im gesamten Bundesprogramm auf der Grundlage von Leitlinien arbeite, die auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes futen. Das Ministerium habe eine Richtlinie für das gesamte Programm entwickelt, die allerdings noch beim Bundesrechnungshof liege. Um einen nahtlosen Programmstart am 1.1.2020 zu ermöglichen, habe man jetzt trotzdem Förderaufrufe veröffentlicht, sowohl für die Modellprojekte als auch für die Kompetenznetzwerke und -zentren auf Bundesebene.

Für alle anderen Förderbereiche, für die Modellprojekte, für die lokalen Partnerschaften, sei ihnen auch die Breite von Engagement wichtig, von NGOs, von Trägern und Organisationen. Da gehe es wirklich um die Anregungsfunktion, um die Positionierung.

Auf Bundesebene, wenn man sage, man wolle Expertise zum Beispiel in der Arbeit gegen Antisemitismus, setze man dort natürlich auch Standards und die heißen „Anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe“ und auch, weil es um die Weitergabe von Expertise gehe, „Anerkannter Träger der politischen Bildungsarbeit“. Das bedeute auch mindestens drei Jahre in mehreren Bundesländern aktiv gewesen zu sein, weil man wolle, dass dort die kompetenten Organisationen auch in ihrer Zusammenarbeit stärker seien. Um da zu Verbesserungen zu kommen, habe man verabredet, dass diese Organisationen vorher, wenn sie in Ländern aktiv seien, mit den Landesdemokratiezentren Kontakt aufnehmen, damit es eben so einen Ufo-Gedanken nicht mehr gebe. Man habe das sehr stark auf Themenfelder fokussiert, was dazu führe, dass dann gegebenenfalls einzelne Organisationen vielleicht auch nicht mehr weitergefördert würden. Aber es sei ein Interessenbekundungsverfahren, das natürlich jeder Organisation, die die Fördervoraussetzungen erfülle, offen stehe. Gestern habe zum Beispiel ein Gespräch mit dem Bundesverband der Opferberatung und dem Bundesverband mobile Beratung e.V. und den Kolleginnen und Kollegen der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“

e.V. stattgefunden, die sich mit Distanzierungsprozessen beschäftigten. Das Ministerium gebe den Ländern für die konkrete Arbeit in den Ländern Geld. Das sei im Föderalismus auch richtig, dass die Länder dann die Schwerpunkte setzten. Man habe auch die Möglichkeit geschaffen, dass die länderübergreifende Vernetzung weitergefördert werde, so dass er durchaus auch sehe, dass die Arbeit von Dachverbänden weitergehen könne.

Zur Engagementstiftung, hätte er sich selber auch gewünscht, wenn da die Entwicklungen weitergegangen seien. Er wisse, dass es da intensive Diskussionen insbesondere mit dem Innenministerium gebe und habe da natürlich die Hoffnung, dass sich das weiter stärke.

Man habe ganz bewusst die Fragen von 10 Prozent Co-Finanzierung für alle Programmbereiche eingeführt, um im Programmbereich der Demokratieförderung eben wirklich eine große Bandbreite von Projekten und Dingen zu ermöglichen.

Die Ansätze von Service-Learning kenne er nicht im Detail, aber man sehe da natürlich die Förderung von Demokratie unter dem Aspekt der politischen Sozialisation Jugendlicher als wichtig an. Für den Bereich Schule sei man an sich nicht zuständig und wenn man „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ fördere oder das „Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.“ (NDC), dann gehe man da schon an die Grenzen und sehe natürlich immer die Verbindung zwischen schulischer und außerschulischer Arbeit als wichtig an.

Zur Frage der Zivilgesellschaft. Für das Ministerium sei die Frage von demokratischem, bürgerschaftlichem Engagement, man könne es auch gerne zivilgesellschaftliches Engagement nennen, eine der wichtigen Voraussetzungen, die die Stärke von Demokratie ausmachten. Deswegen fördere man sie auch und wolle unbedingt auch, dass insbesondere Jugendliche neue aktive Mitglieder der Gesellschaft würden. Für sie sei unbestritten, dass die parlamentarische Demokratie da den wichtigsten Rahmen bzw. die wichtigste Voraussetzung biete und man sehe keine Form von Verstaatlichung dieses Engagements. Es würden Organisationen unterstützt, die sich für eine Stärkung der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes



einsetzen. Er würde da aber auch nicht von Schulbank reden, aber es gebe schon eine Herausforderung insbesondere auch im Bereich Rassismus, Rechtsextremismus, aber auch durchaus im Linksextremismus, wo man sage: „Ja, wir müssen doch präventivpädagogisch alles dafür tun, um insbesondere junge Menschen für diese Gesellschaft zu begeistern und ihr demokratisches Handeln zu stärken oder wenigstens dafür zu sorgen, dass sie nicht in eine Radikalisierung ableiten.“

Es gebe in der Frage der mittelfristigen Planung, die Frage des Geldes. Man selber habe im Rahmen der Anmeldung gesagt, dass man 125 Mio. Euro als notwendig ansehe. Das habe man erst einmal eingebracht. Als Fachreferat sei man jetzt sehr interessiert, was dann im Rahmen des Regierungsentwurfes für das Bundesprogramm verabschiedet werde. Ihnen sei wichtig, dass es genau in der mittelfristigen Finanzplanung gelinge, dass gerade die nachhaltige Arbeit für Demokratie, Vielfalt und gegen jede Form von Extremismus umgesetzt werden könne. Da seien aber auch die Verhandlungen mit dem Finanzministerium schwierig.

Als Letztes der Punkt Vielfalt. Der habe für sie noch einmal einen anderen Aspekt. Man sehe, dass die Herausforderungen nicht nur in den bisher großen Bereichen Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus lägen, sondern man habe natürlich völlig neue andere Konfliktlinien, z. B. wenn er da sehe, dass internationale Konflikte manchmal wie in einem Brennglas in Sozialräumen auftauchten. Man wolle natürlich, dass gerade auch Methoden, Debatten eines friedlichen Miteinanders gestärkt würden und dafür gebe es auch in den neuen Programmbereichen die Möglichkeit, diese Säule der Vielfaltsgestaltung. Man halte es aber auch für notwendig, bisher benachteiligte Gruppen in ihrem Empowerment zu stärken, ohne sie sozusagen auf irgendein Merkmal zu reduzieren.

Der **Vorsitzende** dankt Thomas Heppener (BMFSFJ) und leitet die nächste Fragerunde ein. Dazu erteilt er Abg. Martin Reichardt (AfD) das Wort.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD) dankt zunächst für die Ausführungen und richtet seine erste Frage an Frau Thomae. Er kenne ihre Aktivitäten in Gera natürlich nicht im Einzelnen, denke aber, betrachte man die Ergebnisse, scheine sie da sehr erfolgreich zu sein, denn die letzten Wahlen hätten gerade in Gera gezeitigt und auch in Thüringen, dass dort insbesondere die Linksextremen und auch die Linkspopulisten und Ökopopulisten stark an Stimmen verloren hätten. Es sei in Gera gelungen, bei einer Wahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl, eine demokratische Entscheidung zu treffen. Auch dabei spielten die Linksextremen, die ja sonst traditionell im Osten stark seien, keine Rolle. Vielleicht könne sie ihren Kollegen oder in den Bund auch einige Dinge mitgeben, wie Sie diesen Erfolg erzielt habe.

Die zweite Frage richte sich an Herrn Heppner. 2015 habe die „Welt“ einen Artikel gebracht, dass ungefähr 1 Prozent der Mittel im Rahmen von „Demokratie leben!“ gegen Linksextremismus eingesetzt würden. Er frage: Wie viel der Mittel seien es heute?

Als Zweites habe er noch eine andere Frage, und zwar beim Durchblättern der Suchfunktion auf der Internetseite aufgefallen, dass 2.100 Ergebnisse zu „Rechtsextremismus“ vorlägen, „Rechtspopulismus“ 1.200, zum „Linksextremismus“ nur 27, „Linksradikalismus“ 5 und „linke Militanz“ 55. Die Suchbegriffe „Ökopopulismus“, „Linkspopulismus“ und ähnliches fehlten ganz. Sehe er hier noch Nachholbedarf in der Frage der Bearbeitung?

Der **Vorsitzende** erteilt anschließend Michael Kießling (CDU/CSU) das Wort.

Abg. **Michael Kießling** (CDU/CSU) kommt darauf zurück, dass Frau Nischler-Leibl von Bedarfsorientierung gesprochen habe. Er frage, wie das letztendlich festgestellt werde? Interessant sei, welche Akzente „Demokratie leben!“ in Ihrem Beispiel habe setzen können? Welche Regelprogramme habe sie daraus ableiten können? Gebe es so etwas schon? Gebe es dort Erfahrungswerte?



Er schließe sich der Frage an Herrn Lüders an, der ausgeführt habe, dass der Transfer im Vordergrund stehen müsse. Seit 2015 gebe es dieses Projekt, vier Jahre. Einige Projekte hätten ja auch stattgefunden. Ihm komme es ein wenig wie ein Feuerwerk vor. Man schieße die Rakete hoch, es blitze kurz und dann sei es wieder dunkel. Das sei nicht Sinn und Zweck dieser Aktion, sondern wenn man Geld gebe, wolle man, dass es auch in den Regelbetrieb übergehe. Dass Akzente gesetzt würden, sei gut. Dass man Ideen entwickle, sei gut. Aber wie schaffe man es, auch wenn der Bund dafür nicht zuständig sei, diese Erfahrungen, die positiv seien, zu vermitteln und weiterzubringen? Er glaube, darauf müsse man auch einen Fokus legen.

Weiterhin habe er die Indikatoren für die Wirksamkeit erwähnt. Welche Indikatoren, Herr Lüders, setzen Sie darauf an? Also wie bewerten Sie wann ein Projekt wirksam sei? Es sei ja vielseitig, aber wie lege man solche Indikatoren fest, dass dieses Projekt, das da stattgefunden habe, erfolgreich oder weniger erfolgreich sei?

Der **Vorsitzende** erteilt Ulrike Bahr (SPD) das Wort.

Abg. **Ulrike Bahr** (SPD) spricht den Anhörspersonen ihren Dank dafür aus, dass sie ihre Expertise dem Unterausschuss zur Verfügung stellten. Herr Dr. Lüders habe von den Impulsen geredet, wann das Programm erfolgreich sei und gesagt, die Impulse für eine weitere Aktivierung, für eine fachliche Weiterentwicklung seien gesetzt worden. Sie sehe das Programm auch als Erfolgsprogramm an und glaube, dass man da vor einer ganz, ganz großen Herausforderung stehe und wolle Herrn Dr. Lüders fragen, wie man seiner Meinung nach denn am besten weiterkomme? Man stehe vor der Herausforderung einer ganz verschiedenartigen Koordinierung zwischen den verschiedenen Ebenen von der Kommune bis zum Bund und dazwischen das Land, aber auch Koordinierung vor Ort, alles unter einen Hut zu bringen, alle Akteure, die motiviert sein wollten, und auf der anderen Seite aber auch bürokratische Hindernisse, Hemmschwellen, die vielleicht kleinere Träger davon abhielten, überhaupt einen Antrag zu stellen. Das alles zusammengefasst lasse sie schon die Frage stellen: Müssen wir uns jedes Mal wieder von

Haushalt zu Haushalt hangeln und sagen, dass man wieder schauen müsse, wie viel es denn im Haushalt gebe, wie denn der Posten letztendlich aussehe? Deswegen, auch im Sinne einer nachhaltigen Arbeit, hätte sie ganz gern seine Meinung zu einem Demokratiefördergesetz gehört und dazu was dieses bewirken oder was es beinhalten sollte?

Der **Vorsitzende** erteilt sodann Abg. Dr. Anna Christmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Wort.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass diese Opferbundesnetzwerke weiterhin förderfähig wären, auch wenn es über die Länder laufe? Sie frage zur Präzisierung nach, damit man denen auch etwas sagen könne, die ja jetzt offensichtlich gerade befürchteten, dass sie nicht mehr förderfähig seien.

Weiterhin frage sie, ob denn jetzt mit dem Demokratiezentrum auf Länderebene etc. alles das, was jetzt zu „Demokratie leben!“ mit der Verstetigung gehöre, ob das auch so ein bisschen als Ersatz für das ja auch mal angedachte Demokratiefördergesetz gesehen werde oder ob das auch noch etwas sei, worüber noch weiter nachgedacht werde?

Ansonsten habe sie nur noch einen Kommentar zu der Frage des Abg. Reichardt (AfD). Es sei aus ihrer Sicht durchaus nachvollziehbar, dass es mehr Projekte im Bereich Rechtsextremismus als Linksextremismus gebe.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD) entgegnet, er wolle von Abg. Dr. Christmann gar keine Antwort haben.

Abg. **Dr. Anna Christmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwidert, sie könne trotzdem dazu etwas sagen, weil sie gerade das Wort habe. Wenn man sich die Straftaten im Bereich Rechtsextremismus und Linksextremismus ansehe, dann sei da auch ein eindeutiges Verhältnis in diese Richtung erkennbar. Insofern finde sie es nicht überraschend, wolle aber den Antworten natürlich nicht vorgeifen.



Sie empfehle Abg. Reichardt, einfach mal in den Verfassungsschutzbericht hineinzuschauen. Da finde er dazu eine recht eindeutige Antwort.

Der **Vorsitzende** ergreift das Wort und bittet die Mitglieder des Ausschusses darum, sich auf das Stellen von Fragen zu beschränken.

Er wolle an dieser Stelle noch einmal auf die Frage zurückkommen, die die Kollegin Dr. Christmann gestellt habe, konkret in Bezug auf das BBE. Er frage Herrn Heppener, ob z. B. das BBE bei der neuen Ausschreibung Gefahr laufe, mit seinen Projekten für den ländlichen Raum dort nicht berücksichtigt zu werden, weil man im Hinblick auf eine Engagementstiftung dort die Förderbedingungen verändert habe? Hier wäre auch ihm eine Konkretisierung wichtig.

Er wolle darauf hinweisen, dass ihm momentan noch zwei Wortmeldungen vorlägen, nämlich von den Kollegen Abg. Aggelidis und Abg. Werner. Er beabsichtige, dass diese Fragerunde auch die letzte sei, deswegen bitte er, weiteren Fragebedarf anzuzeigen.

Anschließend erteilt der **Vorsitzende** Abg. Grigorios Aggelidis (FDP) das Wort.

Abg. **Grigorios Aggelidis** (FDP): Da sowohl die Bundes- als auch die Landesebene heute hier vertreten sei, wolle er eine Frage stellen, die sich vielleicht nicht unmittelbar nur auf dieses Programm beziehe, sondern eher grundsätzlicher Natur sei. Man habe dieses Programm, um Demokratie zu fördern und die Überzeugung oder die Erkenntnis, die bei ihm immer mehr Fuß fasse, sei: Demokratie können komme von Demokratie kennen. Die Wahrnehmung, die er habe sei, dass unglaublich viele Menschen, das nicht kennen und nicht wüssten, wie das föderale System, wie unsere Demokratie funktioniere, sei es hinsichtlich der Akteure, der politischen Ebenen usw. Nun habe er dieses Anliegen und diese Frage schon an die Bundeszentrale für politische Bildung gestellt. Die Antwort sei nicht sehr befriedigend gewesen. Deswegen stelle er die Frage in dieser Runde, in der es um ein Programm zur Förderung der Demokratie gehe, wie sehr dieser Aspekt auch im Blickpunkt stehe, weil das aus seiner Sicht ein zentrales Element sei. Wenn man nicht mal wisse oder

verstehe, wie etwas funktioniere und welche Voraussetzungen es habe, dann sei es schwer, es quasi zu leben und zu fördern und zu sichern. Insofern interessiere ihn das schon sehr.

Zur Frage von Herrn Dr. Lüders auf welche FAZ-Artikel er sich beziehe, erklärt er, er habe in den letzten Wochen und Monaten so ein, zwei Artikel gelesen, die ihn ein bisschen aufgeschreckt hätten und deswegen habe er in Vorbereitung auf heute einfach einmal nur die drei Schlagworte „Uni“, „Debatte“ und „Wissenschaftsfreiheit“ eingegeben und da finde man sofort aus der FAZ, aus dem Deutschlandfunk und aus der Zeit einige Beispiele aus diesem Jahr. Wenn Herr Dr. Lüders danach gucken wolle.

Der **Vorsitzende** bittet Abg. Katrin Werner (DIE LINKE.) um ihre Fragen.

Abg. **Katrin Werner** (DIE LINKE.) an Frau Thomae gerichtet führt sie aus, dass man mitnehme, dass die Mitarbeiter an die Grenzen kämen. Sie wisse das, denn in ihrer Stadt sei es mit Blick auf die Finanzierung ungefähr die Hälfte des Stundenkontingents. Sie sei leider noch nicht dazu gekommen, auf die Homepage zu gucken und erklärt, aus der Sicht „Demokratie leben!“ in Trier sei eine Frage, ob sie Infomaterialien auf der Homepage hätten, ob das alles sei oder ob sie auch mal in Städte führen und sich dort mit Parteien oder dem Stadtrat träfen, um das als positives Projekt auch noch einmal darzustellen.

Ferner stelle sie Herrn Heppener eine Frage. Man habe ja jetzt schon die Diskussion ob Mittel oder Mittelkürzung gehabt. Mit Blick darauf wolle sie die Frage stellen, wie er es bewerte, wenn man über Mittelkürzungen bei „Demokratie leben!“ diskutiere und man sich die Mitte-Studien ansehe, wo man ganz klar feststellen könne, dass es ein Erstarren der rechtsextremen Szene gebe, dass es zunehmend autoritäre Einstellungen in der Bevölkerung gebe. Es gebe in Ost und in West Beispiele, wo Nazis, wo Hooligans, wo die Neue Rechte auf die Straße gegangen sei, einmal im März 2013 in Kandel und dann habe es ja auch die Ereignisse in Chemnitz gegeben. Sie glaube einfach, es gebe auch Belege, nach denen man



wirklich klar sagen müsse, das Programm „Demokratie leben!“ müsse weiterleben und auch aufgestockt werden.

Der **Vorsitzende** erteilt zum Abschluss der Frageunde Abg. Nicole Höchst (AfD) das Wort.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD) interessiert, mit welchen Qualitätssicherungsmaßnahmen gewährleistet werden solle, dass die im Rahmen des Projektes zur Verfügung gestellten Mittel nicht eingesetzt würden, um politisch unliebsame Meinungen und Diskurse sowie politische Gegner zu bekämpfen, so wie das heute Mittag in der Frageunde beispielsweise von Frau Werner anklang, die auf die anstehenden Landtagswahlen im Osten Bezug genommen habe und das Erstarren der AfD dort.

Diese Qualitätssicherungsmaßnahmen, die man brauche, müssten ja eigentlich sicherstellen, dass dieses wunderbare Projekt „Demokratie leben!“, das ja viel Gutes intendiere und sicherlich auch bewirke, nicht zu einem Unterstützungsinstrument einer immer stärkeren Gängelung innerhalb eines politischen Korridors verkomme. Man erlebe leider sehr oft und immer heftiger, gerade auch an Schulen und bei Jugendlichen, auch bei diesen Courage-Projekten, dass diese eigentlich wunderschöne Kampagne gegen rechts immer stärker zu einem Kampf gegen die AfD und deren Positionen mutiere und sich somit gegen die politische Konkurrenz richte. Das halte man für fragwürdig und schwierig, wenn etwa sechs Millionen Bürger dieses Landes und/oder ihre Kinder unter Einstellung in diesen Meinungskorridor von der Demokratie ausgegrenzt würden.

Der **Vorsitzende** erklärt, die abschließende Antwortrunde beginne bei Thomas Heppener (BMFSFJ).

Thomas Heppener (BMFSFJ): Zu diesen Transferfragen, die Frage nach dem Feuerwerk: Herr Dr. Lüders habe schon darauf hingewiesen, dass man eine Anregungsfunktion habe und ein Modellprojekt mache. Das habe einen Anfang, ein Ende und man schaue sich an, was dort an modellhaftem und innovativem Tun passiert sei. Man sehe aber insbesondere wirklich die Herausforderung, wie man das in den Transfer bekomme. Deswegen

nutze man z. B. den Deutschen Präventionstag, an dem eine Vielzahl der Ergebnisse in unterschiedlichen Themenfeldern des Programms vorgestellt würde. Beispielsweise habe man gerade mit dem Innenministerium, mit den Kolleginnen und Kollegen der Islamkonferenz, noch einmal zu den Fragen von Islam- und Moslemfeindlichkeit und den Herausforderungen Workshops gemacht, um zu gucken, wie gehe das wirklich an den unterschiedlichen Stellen in Regelstrukturen oder auch anderweitig weiter bei denjenigen, die verantwortlich seien. Das sei wirklich ein Riesenthema.

Die Frage eines Demokratiefördergesetzes: Dies zu prüfen sei in der letzten Legislaturperiode ein Auftrag im Koalitionsvertrag gewesen. Dazu sei es jedoch nicht gekommen. Frau Bundesministerin Dr. Giffey sehe weiter die Herausforderung und man glaube auch, dass gerade unter diesen strukturellen Rahmenbedingungen eine Verbesserung der rechtlichen Möglichkeiten notwendig wäre.

Konkret zu der Frage des BBE: Das Ministerium habe andere Themensetzungen, man habe keine Strukturbereiche mehr. Das BBE sage ländlicher Raum oder Schule oder anderes und man selbst habe Themensetzungen ausgewählt, die auf Grundlage der Strategie der Bundesregierung, des Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus etc. gesetzt worden seien. Das heiße, Demokratieförderung im ländlichen Raum allgemein werde, auch in Absprache mit dem Innenministerium, als ein Thema des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gesehen. Er habe gerade heute mit dem Innenministerium telefoniert, um zu schauen, inwieweit dort auch das BBE in der neuen Förderperiode, die ja auch 2020 anfangs, weiter gefördert werde. Und man hoffe natürlich immer noch auf die Errichtung einer Engagementstiftung, die die wichtige Arbeit des BBE da weiter unterstütze.

Zu Frage Linksextremismus: Man sehe auch diese Herausforderung. Ja, die Arbeit gegen Linksextremismus habe einen geringeren Anteil im Bundesprogramm. Man habe einfach das Problem, dass man auf Interessenbekundungen reagiere. Gefördert würden sämtliche Projekte, die ein fachliches Konzept eingereicht hätten, das sich im Bereich der präventivpädagogischen Arbeit auch gegen linke Militanz oder Linksextremismus wende.



Man halte es aber auch für nötig, da fachlich weiterzugehen, deswegen sei 2017 die „Bundesfachstelle Linke Militanz“ am Institut für Demokratieforschung in Göttingen eingerichtet worden. Da sei gerade eine Fachtagung durchgeführt worden, weil auch gerade in den Fragen im Umgang mit Rechtsstaatlichkeit und Gewalt Herausforderungen auch in dem Bereich gesehen würden. Er glaube aber auch, dass man natürlich bei sämtlichen Demokratiephänomenen –es gebe ja auch Fragen von gegenseitigem Hochschaukeln, von Wechselwirkungen von Phänomenen– insgesamt auch aktiver werden müsse.

Die Frage des Wissens zum politischen System, sei für das Ministerium auch so eine Grenze. Da sehe man die Bundeszentrale für politische Bildung wirklich als den wichtigen Ansprechpartner an. Es gebe einen engen Austausch und auch eine fachliche Debatte zu der Frage: Ist Demokratieförderung ein Teil politischer Bildung oder umgekehrt? Er glaube, da komme man nur durch die Verschränkung insbesondere mit der Bundeszentrale voran, aber auch mit der Arbeit der Landeszentralen. Einerseits müsse man schauen, wie genau das Wissen über das parlamentarische System sei. Andererseits sei auch Demokratie erleben schon in Kindergarten und Schule ein wichtiger Punkt, wohlwissend, dass man gerade insbesondere im Bereich Schule schnell die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten erreiche. Aber für den Kindergarten habe man zum Beispiel die Fragen Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung mit den großen Wohlfahrtsverbänden gerade als ein wichtiges Vorhaben, weil es schon darauf ankomme, dass gerade Kinder Gleichwertigkeit und andere Dinge und das Aushandeln von Prozessen etc. erlernten.

Mit großem Interesse habe man die Mitte-Studie wahrgenommen und denke deswegen natürlich auch, aber auch aufgrund anderer Dinge, der Verfassungsschutzbericht sei genannt worden, dass es natürlich große Herausforderungen in der Frage der Stärkung von Demokratie gebe. „Demokratie leben!“ könne in dem Zusammenhang aber nur einer der Bausteine sein. Gerade, wenn es Ereignisse wie zum Beispiel in Chemnitz gebe, versuche man natürlich, auch gerade die lokalen Strukturen noch einmal besonders zu unterstützen.

Die Arbeit im Bundesprogramm sei nicht gegen Parteien gerichtet, egal aus welchem politischen Spektrum. Es gehe um Fragen der Verletzung von Grundrechten aus dem Grundgesetz, um Fragen von Religionsfreiheit, des Umgangs mit Diskriminierung oder insgesamt um die Verletzung der Würde von Menschen. Da halte man es schon auch für wichtig, dass genau solche Themen im Mittelpunkt von Projekten stünden. Zu jeder Zuwendung gebe es einen Begleitbrief von ihm, in dem darauf hingewiesen werden, dass die geförderten Projekte alles dafür tun müssten, dass extremistische Gruppen, weder ideell oder förderlich unterstützt würden. Damit biete sich auch die Möglichkeit, weil das Teil des Zuwendungsbescheides sei, bei Verstößen gegebenenfalls die Förderung einzustellen oder auch Mittel zurückzufordern.

Der **Vorsitzende** bittet Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) um Beantwortung der gestellten Fragen.

Dr. Christian Lüders (Deutsches Jugendinstitut e.V.) erklärt, er wolle gern auf drei Fragen aus seiner Perspektive eingehen. Zunächst einmal zur Frage von Herrn Abg. Kießling. Die Metapher mit dem Feuerwerk gefalle ihm nur begrenzt. Er wolle das einmal aus seiner Perspektive ganz klipp und klar machen. Er sei Leiter einer Forschungsabteilung im Bereich Kinder- und Jugendhilfe. Eine ganz kurze Beschreibung, da könne man gern noch diskutieren und differenzieren, aber er wolle das kurz ausführen: In einer in vielfältiger Hinsicht zunehmend bunter werdenden Gesellschaft, stünden die pädagogischen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiteten, vor der Herausforderung, darauf angemessene Antworten zu finden. Sei es, dass man neue kulturelle Hintergründe in Kindergärten, in Freizeiteinrichtungen, in den Jugendverbänden bekomme, sei es, dass egal in welchen Bereichen, in schulischen und außerschulischen Bereichen, man natürlich die schärfer werdenden politischen Kontroversen erlebe und so weiter. Die Fachkräfte und alle, die sich da engagierten seien herausgefordert, darauf angemessene Antworten zu finden.



Er sage es aus seiner Sicht: Er sei dankbar, dass es das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gebe, weil es bundesweit der einzige Akteur sei, der einen Experimentalraum eröffne und die Frage stelle: Wie können auch auf diese neuen gesellschaftlichen Herausforderungen angemessene Antworten entwickelt werden? Der Bund sei der einzige Akteur, der an dieser Stelle tatsächlich systematisch und in der Breite anfangen zu sagen: Wir müssen hier unsere Fachlichkeit, unsere Institutionen und unsere pädagogischen Angebote weiterentwickeln. Die Kommunen könnten das gar nicht, die Träger von sich aus auch nicht und die Länder nur punktuell mit Blick auf einzelne Schwerpunkte. Das Instrument, was dafür zur Verfügung stehe, sei Modellförderung, und genau das tue der Bund. Er mag sich gar nicht vorstellen, wenn das nicht mehr passieren würde, dann würde man an ganz vielen Stellen erhebliche Probleme in Einrichtungen bekommen, unterschiedlicher Art, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendverbände, Kindergärten – das ganze Spektrum. Deswegen sei das kein Feuerwerk, was dort geschehe, sondern hier würden stellvertretend für die Praxis neue Strategien erprobt. Da gebe er auch offen zu, erwiesen sich der ein oder andere Weg als Sackgasse, da erreiche man das Ziel nicht, aber da lerne man auch oder man wisse, dass es so nicht gehe. Und auf der anderen Seite würden in der Tat neue Strategien erprobt, die dann übertragbar seien und in die Praxis transferiert werden müssten.

Damit gebe er indirekt auch eine zweite Antwort, auf die Frage, welche die Kriterien für Wirksamkeit seien, wenn man sich die Projekte anschau. Das zentrale Kriterium, unter der Perspektive berate man auch das Ministerium: Sei das, was hier vorgeschlagen werde, innovativ? Entwickle das die Praxis weiter? Sei das erstens, eine klar verständene Herausforderung? Zweitens, sei das ein gangbarer Weg? Und drittens, sei dieser Weg in irgendeiner Weise erfolversprechend? Für sein Institut seien die Fragen der Innovation und der Modellhaftigkeit und der Übertragbarkeit dieser Modellhaftigkeit die zentralen Kriterien. Wenn man das konkretisieren wolle: Erreichen die tatsächlich die Problemgruppen, die sie behaupten, erreichen zu wollen? Schaffe man es ein Stück weit, kontinuierlich mit denen zu arbeiten? Krieg-

ten die es hin, tatsächlich dort andere Perspektiven einzubringen? Sei es im Hinblick im Umgang mit Männlichkeit, sei es im Umgang mit Fremdheit, sei es im Umgang mit anderen kulturellen Hintergründen, wie auch immer. Wenn denen das gelinge, dann seien diese Projekte erst einmal auf einem guten Weg. Es seien ganz mühsame Wege. Also insofern sei die Frage der Modellhaftigkeit, also der Innovation, der Weiterentwicklung, der Impulsperspektive der zentrale Punkt, unter dem man das angucke.

Die Frage, wie das nachher übertragen werden könne, sei eine zweite. Er wolle das, was Herr Heppener gesagt habe, noch einmal deutlich machen. Ganz viele Projekte seien genau so gestrickt, auch eingebettet, dass dieser Transfer ein Stück weit schon von alleine geschehe, indem zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), einer der größten Dachverbände, die als eine Koordinierungsstelle solcher Projekte aufträten. Dort werde das sozusagen unmittelbar in die Wohlfahrtsverbände gegeben. Trotzdem könne man an der Stelle einiges verbessern.

Wenn Frau Abg. Bahr ihn nach dem Demokratiefördergesetz frage, würde er sagen: Ja, brauchen wir unbedingt, aber besser als das letzte Mal. Er bitte um Entschuldigung, wenn er das so deutlich sage. Was man mit dem Demokratiefördergesetz nicht lösen könne, das wüssten die Abgeordneten selbst am allerbesten, man kriege die Haushaltsjährlichkeit nicht heraus. Bis jetzt sei der Bund auch auf die Modellhaftigkeit festgelegt.

Was man aber schaffen könnte, und das wäre für ihn ein echter Fortschritt, weil dann hätte der Bund die Möglichkeit, ähnlich wie man das vor ganz langer Zeit in dem Bereich der frühen Hilfen gehabt habe, wo man dann zum Schluss die Stiftung gegründet habe, der Bund könnte über ein Demokratiefördergesetz an der einen oder anderen Stelle auch Infrastrukturen fördern. Und das wäre die Chance, die eröffnet würde. Wenn man das schaffen würde, dann wäre das ein echter Fortschritt. Dagegen stehe momentan die Bundeshaushaltsordnung. Die Abgeordneten kennen die diversen Debatten über Stiftungen und sonstiges, wie man das machen könnte, extrem mühsam.



Es sei extrem schwierig und ansonsten rate er allen Beteiligten, es etwas intelligenter aufzuziehen als beim letzten Mal und es sei auch nicht klug, es nur für ein Ministerium zu machen, wenn man es über ein Demokratiefördergesetz mache, Entschuldigung, wenn er das einmal so deutlich sage, dann müsse man alle Akteure auf der Bundesebene mit an Bord nehmen.

Eine letzte Bemerkung, weil Herr Abg. Aggelidis das angesprochen habe. Völliger Konsens: Ja, das Wissen über Demokratie sei ein zentraler Bestandteil von Demokratieförderung. Ohne den komme man gar nicht raus. Das passiere in vielen Projekten, das werde auch erprobt und die Frage sei, wie man so etwas vermitteln könne. Das zweite sei aber auch, wie man Demokratie praktizieren könne. Das Wissen alleine reiche ihm nicht, er wolle gerne beide Seiten haben. Diese beiden Seiten, wenn man die zusammenkriege und das geschehe in vielen Projekten.

Der **Vorsitzende** erteilt Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) das Wort.

Dr. Christiane Nischler-Leibl (Bayerisches Staatsministerium) konstatiert, in der Tat sei es so, dass ohne gute politische Bildungsarbeit Prävention nicht werde gelingen können. Prävention setze für sie spezifisch an. Prävention sei noch einmal der geschärfte Blick auf besondere Problemlagen und sie sei kein Selbstzweck, sondern müsse genau hinschauen, wogegen sie sich richte und sie könne das durchaus mit bestärkenden Methoden tun. Nun sei die Frage gewesen, wie man einen Bedarf feststelle. Für ihre Arbeit in der Prävention sei es ganz wichtig, dass das nicht losgelöst von dem geschehe, was die Kolleginnen und Kollegen an Erfahrungen einbrächten, zum Beispiel in die interministerielle Arbeit. Deswegen habe sie die anfangs auch so betont, seitens der Sicherheitsbehörden, also diese Trends aufzunehmen und wahrzunehmen. Man tausche sich hier regelmäßig interministeriell genau dazu aus. Man bekomme dann auch mit, wie die Praxis zum Beispiel in der Beratung aussehe, welche Art von Fällen es dort gebe.

Ein anderer wichtiger Punkt in der präventiven Arbeit sei für sie natürlich die Vernetzung und der Austausch im Rahmen von Fachtagungen, die man regelmäßig abhalte, und der Austausch mit den Kommunen und den Trägern vor Ort. Wenn sich hier ein Bild verdichte, präventive Arbeit setze ja frühzeitig an, dann sei der Idealfall aus ihrer Sicht, dass sie vor Ort im Land einen Bedarf definierten und dann den Freiraum hätten, idealerweise unterstützt durch Bundesmittel, so ein Projekt auch umzusetzen und miteinander zu gestalten und im besten aller Fälle dann auch noch so umzusetzen, dass es nachhaltig in eine Regelstruktur hineinwirke.

Es sei nach konkreten Beispielen gefragt worden. Ein Beispiel sei ein Projekt, bei dem man festgestellt habe, dass sich Radikalisierung in der Realität, im realen Raum genauso abspiele wie im virtuellen Kontext. Also müsse man darauf reagieren. Es gebe ein Projekt, das man von bayerischer Seite initiiert habe, bei dem man auch sehr schnell gemerkt habe, dass es auch in anderen Ländern einen Bedarf gebe und man sich zusammengetan habe. Das Projekt namens „bildmachen“, werde aus Bundesmitteln unterstützt mit einem Träger ufuq e.V., wo man aber in den Ländern sehr stark darauf geachtet habe und darauf achte, dass man das mit der Medienkompetenz verbinde, die man habe, so dass das Wissen, das hier generiert werde, über das Projekt hinaus wirke.

In einem anderen Projekt habe man festgestellt, dass man in die Familien hineinkommen müsse, sehr frühzeitig, man müsse zum Beispiel Eltern, die sich ja Sorgen um ihre Kinder machten, befähigen, sprechfähig zu sein, gerade in patriarchalen Strukturen, wo vielleicht eine große Sprachlosigkeit, aber auch große Sorge um die Kinder herrsche. Und man habe einen Partner gefunden in „Frauen ohne Grenzen“, einem internationalen sehr bewährten Projekt. Man habe mit Landesmitteln erst einmal die Pilotierungsphase unternommen, um zu sehen, ob das denn in einem deutschen Kontext funktioniere, im bayerischen Kontext, im ländlichen wie im urbanen. Würden die Frauen befähigt? Wie seien die Erfahrungen?



In einem weiteren Schritt unter Nutzung von Bundesmitteln habe man es jetzt geschafft, eine Anlaufstelle dieses internationalen Trägers zu schaffen, die auch für andere Projektstandorte dienen könne, um diese Erfahrungen zu transferieren. Und auch hier versuche man, die Nachhaltigkeit, über die nun ausgebildeten bestärkten Mütter und Lehrerinnen vor Ort weiterzuführen.

Ein Themenbereich, in den man derzeit sehr stark auch investiere und hineingehe, weil man das für immanently wichtig halte, gerade in der Vielfalt der Phänomenbereiche vom Rechts- bis zum Linksextremismus, sei der Antisemitismus. Auch hier versuche man zu sagen, was vor Ort gebraucht werde. Das sei eine klare Rückmeldung auch der Communitys, der Gemeinden vor Ort gewesen, was brauchten sie. Hier wäre es jetzt natürlich auch der Idealfall, irgendwann eine Ergänzung von Bundesseite zu bekommen, denn das seien Themen, die länderübergreifend seien. Die müssten im Idealfall immer von einem Bedarf vor Ort ausgehen und dann auch den Freiraum haben, das genauso umzusetzen und zu gestalten.

Der **Vorsitzende** erteilt Sybille Thomae das Wort, die den Schlusspunkt setzen könne.

Sybille Thomae (Externe Koordination Gera) dankt dem Vorsitzenden und greift kurz auf, was Herr Abg. Kießling mit dem Feuerwerk vorgetragen habe. Wenn sie an das Neujahrsfeuerwerk denke, sei es immer so, dass es Mut, Kraft und neue Vorsätze mit sich bringe. Daher finde sie Feuerwerke manchmal gar nicht so schlecht. Es sei wichtig, wohin die Akzentuierung gehe. Wenn man mit dem Feuerwerk einen neuen Impuls setzen könne, der einen Prozess bewirke, und damit einhergehend die Nachhaltigkeit komme, indem man zum Beispiel Workshops und Fortbildungen durchführen oder neue Netzwerkpartner akquirieren könne oder die eigene Multiplikatorenstärke, dann sei das Feuerwerk als Ausgangspunkt durchaus legitim. Das wolle sie an der Stelle einmal sagen, denn der Christopher Street Day bei ihnen habe es gezeigt, dieses Jahr seien es zwei Wochen mit Workshops.

Zur Frage von Herrn Abg. Reichardt nach der Stichwahl: Sie glaube nicht, dass die Kandidaten, die in der Stichwahl standen, etwas damit zu tun gehabt haben, wie sie als Partnerschaft vor Ort agierten. Sie würde eher die These formulieren, dass die Geraer ihrer Gewohnheit treu geblieben seien, denn die letzten Oberbürgermeisterwahlen hätten gezeigt, dass sie sich immer vom Vorgänger abgewandt hätten. Das heiße, es habe sich immer um eine Abwahl des Vorgängers gehandelt und auch die fünf Vorgänger seien immer aus dem parteilosen Lager gekommen. Daher sei es weniger verwunderlich, dass Julian Vonarb gewonnen habe. Die Geraer seien ihrem Motto treu geblieben. Nichtsdestotrotz sei es so, dass die Geraer oder die Vereine gesehen hätten, dass das Vertrauen in Parteien verloren gegangen sei. Deswegen gebe es auch in diesem Jahr ein Projekt, das heiße „Speed-Dating“, aber Speed-Dating mit der Politik. Das werde zur Landtagswahl kommen.

An Frau Abg. Werner gerichtet antworte sie, ja sie reisten auch in andere Städte und vernetzten sich. Sie habe gerade heute früh noch eine Anfrage vom Unstrut-Hainich-Kreis erhalten, wie sie es bewerkstelligt habe oder sie es als Team bewerkstelligt hätten, ein vierwöchiges Rahmenprogramm zu dieser Ausstellung „Inklusion im Blick“ zu machen. Sie fänden, es bedürfe diesem Thema viel, viel mehr, weil es wichtig sei. Zudem habe sich einer ihrer Projektpartner im letzten Jahr einem schwierigen Themenfeld gewidmet, nämlich den Politikfeldern der AfD. Er habe zum Dialog dazu aufgerufen und er habe sich am Anfang sehr starker Kritik ausgesetzt gesehen, von jeder Seite. Es sei ein Kirchenträger der evangelischen Erwachsenenbildung. Nichtsdestotrotz sei es heute so, dass er in Gesprächskreise deutschlandweit eingeladen werde, ihr Pfarrer. Dahingehend sei es wichtig, den Diskurs und den Dialog zu führen. Für sie sei aber an der Stelle wichtig, auf die Sachinhalte zu schauen, darauf komme es an.

Das andere sei, dass man es natürlich nutze, wenn „Demokratie leben!“ auf Bundes- oder auf Landesebene einlade und man vernetze sich selber noch. In Thüringen-Ost finde Vernetzung unter den Partnerschaften für Demokratie statt und dann auch noch einmal im kleinen Kreis Ost-Ost, die Region Greiz-Altenburg und Gera monatlich, dass man miteinander in Kontakt trete.



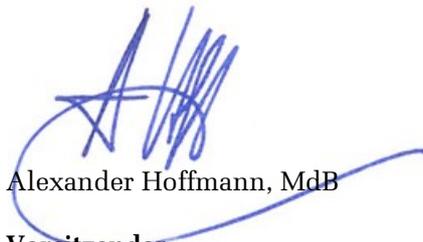
Der **Vorsitzende** bedankt sich herzlich bei den Anhörspersonen. Anhand der Fragen sei deutlich geworden, wie vielschichtig sich der Ausschuss mit dem Thema beschäftigt. Die Abgeordneten wiederum hätten mit Blick auf die gegebenen Antworten auch gemerkt, dass sie mit den Sachverständigen heute genau die richtigen Ansprechpartner/innen eingeladen hätten. Anschließend verabschiedet er die Gäste der öffentlichen Anhörung und dankt ihnen für ihr Interesse. Er wünscht allen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18:54 Uhr



Alexander Hoffmann, MdB
Vorsitzender



Stellungnahmen der Sachverständigen

Seite

Sybille Thomae
(UA-Drs. 19/034)

30

Handout zur Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Gera

Homepage: www.exkosgera.wordpress.com / E-Mail: exkos-gera@gmx.de

1) Rahmenbedingungen der Stadt

a) Ausgangslage

Stadt von 135000 Einwohnern 1989

=> Schließung von Industrie / Fabriken etc. (Wismut, Modedruck, WEMA...)

=> hohe Abwanderung / Ist-Stand: knapp 100000 Einwohner

b) Folge

gesunkene Zukunftsperspektiven

Haushaltskonsolidierungsphase

Freiwillige Leistungen ↓

Oberbürgermeisterwahl 2018: Stichwahl mit einem parteilosen- und einem AfD-Kandidat

Deutscher Bundestag

Unterausschuss
„Bürgerschaftliches Engagement“

UA-Drs. 19/034

2) ABER: Gera ist besser als sein Ruf

neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

=> Aufwärtsgedanke

- Ansiedlung von Gewerbe

- 700 Vereine und 78 Selbsthilfegruppen

3) Bundesprogramm vor Ort

a) Grundlagen: Stadtratsbeschluss

b) Geschäftsordnung des Begleitausschusses

c) Fortschreibung der Leitziele durch Evaluation

z.B. Belebung der ländlichen Ortsteile; Stärkung des Gemeinschaftsgefühls; Partizipation / Diversität und Inklusion

4) Praxisbeispiele

a) Öffentlichkeitsarbeit

- Entwicklung eines eigenen LOGO's:



- seit 2017 eigene Projekte des BGA's: „5 Minuten Zeit für Demokratie“, „Weihnachtsbacken“, „Eisstockschieß-Turnier“, Wahl-FUN, „Gera lebt, lacht und ist fantastisch“ und Inklusion im Blick“

b) Miteinander reden – gemeinsam Projekte entwickeln - statt gegen

- Gründung eines neuen Vereins Liebschwitz e.V.

- Mikroprojekte des Jugendrates

- Schülerwettbewerb Schulamt Ost-Thüringen: „Demokratie gestalten – aber wie“